:antifaschistische nachrichten

Nr. 17

g 3336 15.8.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

§Berlin. Über 1000 Menschen haben am 20. Juli gegen das Bundeswehrgelöbnis in Berlin demonstriert. Damit folgten dem Aufruf des Bündnisses Gelöbnix6, den 40 Organisationen unterstützten, mehr DemonstrantInnen als erwartet. Auf der Demonstration sprachen unter anderem der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, und die Abgeordnete des Europaparlaments Ilka Schröder. In dem Bericht des Bündnisses heißt es: „Das Ziel der Demonstration, ein öffentliches Gelöbnis zu verhindern, wurde erreicht: Die Verschwörung zum Totschlag fand als geschlossene Veranstaltung hinter einem Schutzwall von Polizei und Feldjägern statt. Die Demonstration musste deshalb knapp 300 Meter vor dem Gelöbnisort enden. "

Bündnis Gelöbnix6, Tel. 030/61 07 44 11

Foto: arbeiterfotografie

Der „Bund der Vertriebenen" (BdV) beginnt, europaweit Unterstützung für das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" zu sammeln.

„Vertriebene unterschiedlicher Volksgruppen" unterstützen Zentrum gegen Vertreibungen

Am 5. August – dem Jahrestag der Proklamation der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" – sprachen sich die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach und der Generalsekretär der „Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV), Tilman Zülch, in einer gemeinsamen Pressekonferenz einstimmig für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin aus. Die GfbV – nach eigenen Angaben „die größte Menschenrechtsorganisation in Deutschland nach amnesty international" - steht mit ihrer Kritik an den in Folge des Zweiten Weltkriegs durchgeführten Umsiedlungen dem BdV schon lange nahe.

Dem BdV und der GfbV ist es gelungen, Bürgerkriegsopfer aus verschiedenen europäischen Staaten zur Teilnahme an der Pressekonferenz zu bewegen – darunter eine aus Kroatien vertriebene Serbin, eine aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien geflohene Russin (von der „Bewegung der tschetschenischen Flüchtlinge in Deutschland"), eine bosnische Muslimin und einen Sprecher der Roma aus dem Kosovo. „Vertriebene unterschiedlicher Volksgruppen", so der BdV, „haben durch ihre Anwesenheit ihre Solidarität mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin bekräftigt." Steinbach und Konsorten wollen Deutschland offenbar zur Schutzmacht aller „Vertriebenen" erklären: „Für Vertriebene unterschiedlicher Völker" sei Berlin „leicht erreichbarer Anlaufpunkt", erklärt der BdV.

Um europaweite Unterstützung für das „Zentrum"-Projekt ist Steinbach schon seit geraumer Zeit bemüht. Im April nahm sie an der zentralen Gedenkfeier für die Opfer des Genozids an Armenierinnen und Armeniern im Jahr 1915 teil – auf Einladung des „Zentralrates der Armenier in Deutschland". Sie wolle mit ihrer Teilnahme an der Gedenkfeier die „Solidarität" des „Zentrums gegen Vertreibungen" mit den ermordeten Armenierinnen und Armeniern deutlich machen, erklärte Steinbach damals.

Die Fähigkeit des BdV, eine europäische „Internationale gegen Vertreibungen" zu organisieren, sollte nicht unterschätzt werden. Schon einmal – gegen Ende der 1960er Jahre – hat der Verband mit seinen damaligen „Europa-Kongressen", an denen Einzelpersonen und Organisationen aus ganz Westeuropa teilnahmen, eine Entwicklung angestoßen, die in die europaweite Wiederbelebung der Paneuropa-Union in den 1970er Jahren mündete. Damals ging es vor allem darum, in einem Bündnis mit der westeuropäischen Rechten den Realsozialismus in Ost- und Südosteuropa niederzukämpfen, und die Paneuropa-Union spielte dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Heute geht es unter anderem um die Durchsetzung des „Rechts auf Heimat", und wieder beginnt der BdV, europaweit Hilfstruppen für dieses Projekt zu sammeln. Ganz besonders werden dabei die deutschen „Vertriebenen" profitieren, deren Ansprüche auf ihre Herkunftsgebiete wohl früher oder später wirksam werden. Mit dem Versprechen, vom „Recht auf Heimat" mitprofitieren zu können, dürfte es ihnen jedoch gelingen, das eine oder andere „vertriebene Volk" zur Mitarbeit an der Durchsetzung deutscher Hegemonialpolitik zu bewegen.

Jörg Kronauer ■

Aus dem Inhalt:

Tödliches Heimweh eines Zwangsarbeiters 6

Schlechte Zeiten für Frankreichs Hardcore-faschisten ... 7

Bevölkerungspolitiker in Eisenach

EISENACH/LEONBERG. Die „Deutsche Studiengemeinschaft“ (DSG) mit Sitz in Leonberg führt vom 4. bis 6. Oktober im „Haus Hainstein“ in Eisenach eine Tagung unter dem Titel „Bevölkerungspolitik. Demographischer Wandel und Zuwanderung“ durch. „Die unwürdige parlamentarische Behandlung der Zuwanderungsgesetze folgt einer ideologischen Verblendung, die die Gefahr einer Bevölkerungsumwandlung zum Nachteil unserer deutschen Stammbevölkerung in sich birgt“, heißt es in der Einladung zu dieser Tagung. „Wir alle sind aufgerufen, uns für die Erhaltung unseres deutschen Volkes sowie seiner Kultur und damit einer erstrebenswerten Lebensgrundlage für die kommenden Generationen einzusetzen“, meint die DSG, deren Führungskreis u.a. der ehemalige NPD-Funktionär Dr. Felix Buck, der CDU-Mann und Burschenschafter Dr. Albrecht Jebens, der ehemalige U-Boot-Kapitän und „Republikaner“-Funktionär Günter Poser und der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Rolf Kosiek angehören. Nach einer Tagung des „DSG-Führungskreises“ am Freitagnachmittag eröffnet am Abend der DSG-Aktivist Dr. Edmund Sawall, zugleich Autor der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“, die Tagung.

Am Samstag referieren der Vorsitzende des „Schutzbund für das Deutsche Volk“ (SDV), Heilwig Holland, Anfang der 90er Jahre bei den sog. „Republikanern“ aktiv, Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler, 1981 Mitunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“, die Hamburger Rechtsanwältin Gisela Pahl, Referentin u.a. bei den „Deutschen Konservativen“, Ex-NPD-Funktionär Dr. Felix Buck und Dipl. Ing. Wolfram Ziegler („Zukunft ohne Zuwanderung“). Die Tagung endet am Sonntagmittag mit Referaten von Dr. Friedrich Löffler, vor zwei Jahren auch Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ und Dr. Albrecht Jebens, ehemals Geschäftsführer der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“. *hma* ■

„Ur-Euopäer“ in Bad Laer

BAD LAER/TORNESCH. Der Verein „Ur-Europa e.V. – Gemeinnützige Gesellschaft für europäische Urgeschichte“ führt seine diesjährige Vortragstagung vom 4. bis 7. Oktober im großen Saal des Hauses Mönter-Meyer in Bad Laer bei Osnabrück durch. Der Verein trat in der Vergangenheit unter dem Namen „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V./Herman-Wirth-Gesellschaft“ auf, die 1954 von Prof. Herman Wirth, dem eigentlichen Vater des späteren SS-Institutes „Deutsches Ahnenerbe“, gegründet worden war. Der langjährige Vorsitzende der „Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde“, Paul Rohkst, heute Ehrenvorsitzender von „Ur-Europa e.V.“, veröffentlichte 1988 einen Leserbrief in der „Deutschen Wochenzeitung“ und ist Ehrenmitglied des „Vereins der Deutschen Estlands“.

Auf der diesjährigen Tagung in Bad Laer referieren neben dem Ehrenvorsitzenden Paul Rohkst („Entdeckung und Bedeutung von Großskulpturen aus der Vorzeit“) u.a. Matthias Wenger („Die Wesensart des jahreszeitlichen Erlebens im geschichtlichen Kontext der alteuropäischen Religion“), ehemals Mitarbeiter der Zeitschrift „Heidenspass“ und Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Hain“ und Ralf Koneckis („Märchenhafter Himmel – Himmlische Märchen“).

Eine im Rahmen der Tagung stattfindende Busexkursion wird von Oberstudienrat Rolf Bökemeier geleitet, Autor eines im „Grabert-Verlag“ erschienenen Buches über die Varusschlacht. Derzeitiger Vorsitzender des Vereins „Ur-Europa“ ist der Oberstudienrat a.D. Renke Borchert aus Tornesch, 1999 Mitunterzeichner eines Aufrufes der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“. Schatzmeister ist Jörg Fischer aus Neu Wulmstorf. *hma* ■

Nordbruch in Bad Lauterberg

BAD LAUTERBERG/EMDEN. Der „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen/ Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V.“ führt sein diesjähriges Verbandstreffen wiederum im Bad Lauterberger Kurhaus durch. Wie bereits im vergangenen Jahr soll dort auch wieder der in Südafrika lebende Dr. Claus Nordbruch referieren. Nordbruch, der einen Vortrag über „die Beendigung des Burenkrieges vor 100 Jahren mit Berücksichtigung der deutschen Freiwilligen“ halten soll, ist u.a. Autor in der „Deutschen National-Zeitung“, im NPD-Organ „Deutsche Stimme“, der Zeitschrift „Nation und Europa“ und der „Deutschen Militärzeitschrift“. Einen Preis der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ erhielt der ehemalige Bundeswehroffizier ebenso wie den „Freiheitspreis“ der „Deutschen National-Zeitung“. Grußworte erwarten die Veranstalter in dem „unentgeltlich zur Verfügung“ gestellten Kurhaus auch von „Vertretern der Stadt“ und „befreundeten Verbänden“. Wohnort des Geschäftsführers des „Traditionsverbandes“, des Diplom- Kaufmannes Hermann Mietz, ist Emden. Hier hatte Mietz in den 70er Jahren der Bundesführung des „Deutschen Jugendbund“ (DJB) angehört, bevor er sich für die „Nationale Jugend Ostfriesland“ (NJO) engagierte. In einem Brief vom 12. März 1980 schrieb Mietz u.a.: Die NJO „ist kein Verein, sondern versteht sich als Sammelbecken aller volkstreuen, nationalen Kräfte Ostfrieslands“. „In unseren Reihen befinden sich Kameraden des Deutschen Jugendbundes, der Nationalen Pfadfinderschaft, der Wiking-Jugend u.s.w.“. Berichtet wird in dem Brief auch über „Geländespiele“ und die Teilnahme der Gruppe an der Diksmuide-Feier der flämischen Nationalisten. *hma* ■

Herbsttagung im Südharz

SÜDHARZ/ECKERNFÖRDE. Die neofaschistische Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ führt ihre diesjährige Herbsttagung vom 25. bis 27. Oktober wieder im Südharz durch. Nachdem der Herausgeber von „Recht und Wahrheit“, der 1996 wegen Leugnung des Massenmordes an den Jüdinnen und Juden zu einer Geld- und Bewährungsstrafe verurteilte Georg Albert Bosse, nun im spanischen Teneriffa weilt, wurde die Leitung der „Tage der Gemeinschaft“ von dem ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert, vorbestrafter Oberstudienrat a.D. aus Weinheim, übernommen. In seinem Aufruf zur diesjährigen Herbsttagung der „Recht und Wahrheit“-Lesergemeinschaft schreibt Bosse u.a.: „Unsere Zeit ist noch nicht gekommen. Aber sie kommt! Halten wir uns für diesen Zeitpunkt bereit. Aber dann müssen wir dazu fähig sein, das zu tun, was zu tun nötig ist.“ Die Frühjahrstagung von „Recht und Wahrheit“ fand im Waldhotel „Hufhaus“ in Ilfeld/Südharz statt. *hma* ■

Schill auf dem Alexanderplatz

BERLIN. Unter der Überschrift „Schluß mit dem Unsinn! Mit Sicherheit Schill!“ wirbt die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO) ganzseitig in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (33/02) für ihren Spitzenkandidaten, den Hamburger Richter Ronald B. Schill. Angekündigt wird die „deutschlandweite Aufstellung von 3000 Großplakaten“ und eine „große Kundgebung mit Ronald B. Schill auf dem Alexanderplatz in Berlin“ am 20. September. *hma* ■

Schweigemarsch in Berlin

BERLIN. Die Berliner „Republikaner“ veranstalten aus Anlass des 41. Jahrestages des „Mauerbaus“ am Samstag, den 17. August einen Schweigemarsch zum

Gedenken an den 40.Todestag von Peter Fechter. Treffpunkt ist um 14 Uhr die Kreuzung Karl-Liebknecht-Straße/Ecke Mollstraße. *hma* ■

Knütter droht Ermahnung

BONN. Der emeritierte Professor Hans-Helmuth Knütter beschäftigt die CDU des Rhein-Sieg-Kreises. Nachdem ein Beitrag in der ARD-Sendung Panorama vor sechs Wochen im Ortsverband Bornheim-Rösberg und im Ort selbst für Wirbel sorgte, will jetzt der Kreisverband den Politikwissenschaftler der Bonner Universität wegen seiner Äußerungen zur Rede stellen. In dem Fernseh-Beitrag ging es um einen Auftritt Knütters auf dem Jahreskongress 2001 der Gesellschaft für freie Publizistik, die Kontakte zur rechtsextremen Szene unterhält. Panorama sendete den Mitschnitt einer Rede, in der Knütter, der heute noch Prüfungen an der Uni abhält, indirekt zu Saalschlachten und Straßenkämpfen aufrief, um „politische Ziele“ durchzusetzen. Die älteren Zuhörer im Saal, darunter NPD-Vertreter, rief er zu Geldspenden für „Aktionen“ auf. Der Vorsitzende der CDU Rhein-Sieg, Andreas Krautscheid, sagte gegenüber dem Bonner General-Anzeiger: „Herrn Knütter ist klargemacht worden, dass solche Äußerungen in der CDU nichts zu suchen haben.“ Ein Parteiausschlussverfahren schloss Krautscheid nicht aus, doch so weit sei es noch nicht. Zunächst wolle die CDU mit Knütter reden und ihn gegebenenfalls formell ermahnen. Bisher sei Professor Knütter in der CDU „nie negativ aufgefallen.“

Quelle: General-Anzeiger, 18.7.2002 ■

Neuer Ärger um Zittauer Neonazis

Zittau. Nicht nur, dass der Zittauer Stadtrat beschloss, dem „Nationalen Jugendblock Zittau“ (NJB) ein Haus in Erbpacht zu überlassen und damit einen Anlaufpunkt für Neonazis der Region zu schaffen, jetzt wurde außerdem bekannt, dass der Kreis Zittau-Löbau 1999 und 2000 durch das Jugendamt insgesamt umgerechnet 1732 Euro Fördergeld an den NJB zahlte. Der Verein verfolge gemeinnützige Zwecke, deshalb habe die Auszahlung den Richtlinien des Kreises entsprochen, so die Behörde. Beim Finanzamt Zittau ist der NJB allerdings nicht als gemeinnützig anerkannt, eine Verpflichtung zu dieser Zahlung hat es also nie gegeben.

Der Fall wird jetzt auch die Landesregierung beschäftigen. Die PDS hat Innenminister Rasch (CDU) aufgefordert, den NJB endlich zu verbieten. Laut Verfassungsschutzbericht ist der NJB „eine aktive neonationalsozialistische Organisation“, die entscheidend dazu beigetragen habe, dass die Neonazis in den vergangenen Jahren Zulauf in Zittau hatten“. Gegen 30 Mitglieder und Anhänger des NJB ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und wegen Volksverhetzung. Bei einer Durchsuchung des Vereinshauses hatte die Polizei selbst gefertigte Brandbomben, Luftgewehre und CDs mit Neonazi-Musik sichergestellt. Gemeinnützig und förderungswürdig?

Tatsache ist: Dank kommunaler Förderung hat sich der NJB, der sich bereits 1992 gründete, in den letzten Jahren erfolgreich etablieren können und er hat auch ganz offen seine Ziele genannt. In seiner Satzung heißt es, Vereinszweck sei „National gesinnte Jugendliche zu sammeln, die Basis für eine sinnvolle Freizeitgestaltung im Kreise Gleichgesinnter zu ermöglichen, im Sinne des nationalen Grundgedankens die rechtsorientierte Jugend zu sammeln und das Nationale Erbe zu pflegen“.

FR 7.8.02. - u.b. ■

NPD-Verbotsverfahren: Regierung umgeht Bundestag

BERLIN. Zu dem Ende Juli beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Schriftsatz von Bundesregierung, Bun-desrat und Bundestag im NPD-Verbotsverfahren erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

„Die Bundesregierung und die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz schalten das Verfassungsorgan Deutscher Bundestag im NPD-Verbotsverfahren völlig aus. Obwohl ich die verantwortliche Obfrau meiner Fraktion im Verbotsverfahren bin, habe ich den gemeinsamen Schriftsatz aller Prozessbevollmächtigten erst heute morgen, also mehrere Tage nach der Absendung an das Verfassungsgericht, erhalten.

Zwanzig zum Teil voluminöse Anlagen, darunter dienstliche Erklärungen aller Innenminister und -Senatoren, der Innenstaatssekretäre und Leiter der Verfassungsschutzämter liegen mir noch immer nicht vor. Die von mir angeforderte Liste mit den Namen aller V-Leute in der NPD habe ich bis heute nicht. Statt die Exekutive zu kontrollieren, wie es die Verfassung vorschreibt, wird der Bundestag im NPD-Verbotsverfahren von den Innenministern an der Nase herumgeführt, instrumentalisiert und über wichtige Fakten im Dunkeln gelassen.

In der Sache bringt der Schriftsatz nichts wirklich Neues. Dass die V-Leute Fleisch vom Fleisch der NPD waren und sind, war schon immer klar. Anders lautende Schutzbehauptungen der NPD waren und sind absurd. Die wichtige Frage aber, ob sich die Verfassungsschutzbehörden bei der Anwerbung und Führung der V-Leute an Recht und Gesetz gehalten haben, bleibt auch in dem Schriftsatz weiter offen.

Die Innenminister geben nicht mehr preis, als ohnehin bekannt war. 15 Prozent aller Mitglieder in Landesvorständen und Bundesvorstand der NPD waren von 1997 bis 2002 V-Leute des Bundesamtes oder der Landesämter. Das sind umgerechnet mindestens 30, möglicherweise sogar 84 V-Leute in NPD-Führungspositionen. Welche Straftaten diese V-Leute veranlasst oder selbst begangen haben, wie viele Angriffe auf Flüchtlinge, Obdachlose oder andere Opfer der Neonazis, welche Hakenkreuzschmierereien, Brandstiftungen etc. auf ihr Konto gehen – kurz: der ganze Dreck, den die VS-Ämter beim Thema V-Leute in der NPD am Stecken haben, soll unter dem Teppich bleiben.

Ich hoffe, dass das Verfassungsgericht diese Vertuschung nicht mitmacht, sondern auf der Aufdeckung der V-Leute-Struktur beharrt. Das ganze Netz muss aufgedeckt werden. Zumal diese V-Leute mit den vielen Steuergeldern, die sie in den letzten Jahren bekommen haben, der NPD zu keinem Zeitpunkt geschadet haben.“ *Ulla Jelpke* ■

Prozess gegen SSS hat begonnen

DRESDEN. Der Prozess gegen sieben Mitglieder der verbotenen Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) hat am 5.8. in Dresden begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, mit der Organisation SSS eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben. Im Sommer 2000 hatte die Polizei in 50 Wohnungen Sprengstoff, Teile von Feuerwaffen und neofaschistisches Propagandamaterial sichergestellt. Ziel der SSS sei es gewesen, die Sächsische Schweiz von Andersdenkenden und Ausländern zu „säubern. Dabei sei sie zum Teil mit „äußerster Gewalt“ vorgegangen“, so der sächsische Verfassungsschutz. Noch vor Verlesung der Anklage vertagte sich das Gericht, weil die Verteidigung die Offenlegung aller Akten forderte. Im Juli 2002 hatte das sächsische Innenministerium einen Teil der Ermittlungsakten gesperrt mit der Begründung, dass durch deren Veröffentlichung die nachrichtendienstliche Tätigkeit des sächsischen Verfassungsschutzes würde gefährdet. Auch das Landgericht erhielt keine Einsicht.

Wie das „Neue Deutschland“ vom 9. August berichtet, werden die Angeklagten u.a. verteidigt von Carsten Schrank und Günther Herzogenrath-Adelung. Beide haben den Aufruf „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“, der sich gegen ein Verbot der NPD richtet, unterzeichnet. Herzogenrath-Adelung beriet schon Erich Priebke und verteidigte Jens Pühse, der einen unter Neofaschisten bundesweit bekannten Versandhandel

betreibt. Schranks „Durchbruch“ als Anwalt der rechten Szene – so ND – sei auf den Prozess um den Tod von Farid Guenduol (Omar ben Nui), der in Guben von Rechtsextremen zu Tode gehetzt worden war, zurückzuführen: „Schrank torpedierte das Verfahren zusammen mit anderen Verteidigern durch ein, wie Berichterstatter schrieben, ‚Sperrfeuer obstruser Anträge, Rügen, Beanstandungen und Befangenheitsanträgen‘“ – eine Strategie, die offensichtlich auch im Prozess um die SSS verfolgt wird.

Am 7.8. wurde der Prozess fortgesetzt. Einer der Angeklagten erklärte, die Vorwürfe der Anklage seien zutreffend. Er wolle zur Sache aussagen und aus der Neonaziszene aussteigen. Zum Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens, weil das Innenministerium Angaben über die Zahl und die Rolle von V-Leuten in der Skinhead-Organisation verweigere, hat die Kammer unter Vorsitz von Richter Tom Maciejewski noch keine Entscheidung getroffen.

Der weitere Verlauf des Prozesses ist sicher auch in Hinblick auf das anstehende NPD-Verbotsverfahren wichtig. Die Rolle der V-Leute in neofaschistischen Organisationen und ihre Involvierung in Straftaten muss offengelegt werden. Das zeigt auch dieses Verfahren.

FR 6.+8.8.02 - u.b. ■

Demonstration gegen das „Collegium Humanum“

Vlotho. Schon seit Jahrzehnten können sich faschistische Organisationen in Vlotho (NRW), im Collegium Humanum (CH) in der Bretthorststraße 204, auf dem Winterberg treffen. Seit gut zwei Jahren nutzen wieder verstärkt unterschiedliche Gruppen der extremen Rechten, die ehemalige Heimvolkshochschule als Veranstaltungsort. Das Collegium knüpft damit an seine Bedeutung in den 1980er und frühen 1990er Jahren an, als in ihm bundesweite Treffen der extremen Rechten stattfanden. Durch seine Bildungsarbeit versucht das CH, völkisch-nationalistische Wertevorstellungen vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Trotz Protesten von AntifaschistInnen und BürgerInnen fungiert das CH noch immer als Koordinationszentrum im Netzwerk rechtsradikaler und neofaschistischer Gruppen und Organisationen. Junge Linke Herford, DGB Ortskartell Vlotho, AKE e.V., DIG Vlotho, verdi Bezirk, Kultur Kooperative Vlotho, Ladengruppe Infoladen Anschlag Bielefeld, AG Fossoli, Bezirk SchülerInnenvertretung Herford, Junge Linke Bielefeld, Grüne Liste Vlotho, Antifa Schaumburg, IG Metall Herford, U+D e.V. rufen für den **31. August** deshalb zu einer Demonstration auf, ab 12 Uhr beim Vlothoer Bahnhof.

www.nadir.org/nadir ■

Front National ohne Veranstaltungen - BBR fällt aus

Paris. Welch ein Jammer aber auch: In diesem Jahr muss das BBR-Fest des Front National (Bleu-Blanc-Rouge, für die Nationalfarben Blau-Weiß-Rot) leider ausfallen. Seit 1981 veranstaltet die neofaschistische Partei jährlich am letzten Wochenende im September diese Art politischer Kirmes mit rund 10.000 Besuchern, mit Abschlussrede von Jean-Marie Le Pen als Höhepunkt. Seit den frühen Neunziger Jahren findet das BBR-Fest, das ursprünglich als Gegenveranstaltung zur Fête de l’Huma - dem Pressefest der KP-Tageszeitung ‚L’Humanité‘, Mitte September (mehrere 100.000 Besucher) – konzipiert war, auf der Pelouse de Reuilly statt. Diese Rasenfläche gehört zum Bois de Vincennes, dem Pariser Stadtwald im Südosten der Hauptstadt. Doch dieses Jahr konnte das Pariser Rathaus die Fläche leider, leider nicht zur Verfügung stellen – dort findet nämlich das „Jahr des Zirkus“ statt. Der Faschisten-Zirkus muss daher umziehen. Doch nirgendwo anders will man ihn haben. Pech aber auch.

Doch noch größer ist das Unglück: Auch die jährliche Sommeruniversität des FN wird voraussichtlich nicht stattfinden können. Alljährlich nehmen Ende August rund 600 Kader und Aktivisten der Partei an dieser Fortbildungs- und Debattenveranstaltung teil, die eine knappe Woche dauert. (Das ist um die selbe Zeit auch bei anderen Parteien üblich, von der trotzkistischen LCR bis zum gaullistischen RPR.) Doch auch diese Veranstaltung will man irgendwie nirgendwo so richtig haben.

Anfang Juli hatte der sozialistische Bürgermeister in Pau (Südwestfrankreich), André Labarrère, die FN-Veranstaltung für unerwünscht erklärt, und das aus offen inhaltlichen Gründen. Die rechtsextreme Partei hatte sich gefügt, und die ursprünglich in Pau vorgesehene Veranstaltung zu verlegen versucht. Zum damaligen Zeitpunkt schien das nicht so schlimm, denn am 26. und 27. August soll im ostfranzösischen Annecy die Fortbildungstagung für die Kommunalparlamentarier des FN stattfinden. Also, so hieß es beim FN, veranstalten wir die Sommeruniversität doch einfach ab dem 28. August am selben Ort.

Doch oh Jammer und Wehgeschrei: Das Kongresszentrum der Stadt Annecy ist zwar, aus Gründen der Gleichbehandlung zwischen politischen Parteien, juristisch zur Beherbergung der Fortbildungstagung für die Kommunalparlamentarier verpflichtet. Aber die Statuten des Kongresszentrums sehen nicht vor, auch Veranstaltungen unterzubringen, die eine politische Außenwirkung haben und an denen – neben den Parteifunktionären – ein breiteres Publikum teilnimmt. Zwar nehmen an der Sommeruniversität nur FN-Mitglieder teil. Aber da alle Parteien, nach der Sommerpause, durch ihre Sommeruniversitäten in die Medienöffentlichkeit zurückzukehren versuchen, muss auf jeden Fall vom Bestehen einer Außenwirkung ausgegangen werden. Der christdemokratische UDF-Bürgermeister von Annecy, Bernard Bosson, forderte das Kongresszentrum daher zur Kündigung des Vertrags mit dem FN auf.

Der FN verklagte zunächst Bürgermeister Bosson vor dem Verwaltungsgericht in Grenoble, wegen parteipolitischer Diskriminierung. Doch Pech gehabt: Die Vertragskündigung durch das Kongresszentrum war bereits erfolgt, bevor Bosson ein offizielles Schreiben an dessen Verwalter gerichtet hatte – mündliche Informationen hatten den Betreibern genügt, um aus dem Vertrag auszusteigen. Das Gericht verwarf daher am 9. August die Klage des FN. Nunmehr klagt die neofaschistische Partei direkt gegen das Kongresszentrum. Doch mit geringen Erfolgsaussichten. Die Nummer Zwei des FN, Bruno Gollnisch, wird sich also weiterhin über die „totalitäre Demokratie à la française“ beklagen können, wie am 9. August vor Gericht.

BhS, Paris ■

Heß-Gedenkmarsch und Gegenaktion verboten?

Wunsiedel. Das Landratsamt Wunsiedel hat den Heß-Gedenkmarsch verboten, so die Antifagruppe Bayreuth in einer Pressemitteilung. Auch wurde ihr mitgeteilt, dass das Verbot der Gegenveranstaltung geprüft wird. Begründet wird dieser Schritt mit der Annahme, dass „autonome Gruppen planen, beim Demonstrationszug am Nachmittag des 17.8.2002 sog. „Schwarze Blocks“ zu bilden und auch die Anreise anderer Gruppen aus dem linksextremistischen Spektrum“ befürchtet werden müsse. Das ist die gleiche Argumentation, mit der das Landratsamt schon im letzten Jahr die Aktion zu verhindern suchte.

Das örtliche Bündnis wird u.a. von Gewerkschaften, DKP, PDS, Gliederungen von SPD und Grünen, Vertreter von Israelitischen Kultusgemeinden und antifaschistischen Gruppen aus der Region getragen. Wie vergangenes Jahr werden die Veranstalter der Heß-Demo gegen das Verbot klagen, und es ist davon auszugehen, dass sie wieder Erfolg haben werden. So behindert das Vorgehen des Landratsamts Wunsiedel die Mobilisierung der Antifaschisten, wird jedoch die Anmelder des Heß-Aufmarsches kaum irritieren.

Der Einspruch gegen die Verbotsankündigung ist bereits eingereicht und die Anmelder sind fest entschlossen, die Veranstaltung stattfinden zu lassen. „Wir werden mit allen juristischen Mitteln gegen ein Verbot vorgehen. Wir rufen alle AntifaschistInnen dazu auf, mit uns am 17. August in Wunsiedel zu demonstrieren!“ *AntifaGruppe Bayreuth* ■

„Ich warne vor der Durchrassung des deutschen Volkes." *Edmund Stoiber*

„Die Lage ist chaotisch und fast aussichtslos. Der Münchner Süden muss ab sofort zur asylantenfreien Zone erklärt werden."
Dr. Erich Riedel (CSU), ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, „taz" vom 10.4.1992/ „Süddeutschen Zeitung" vom 16.4.1992

„Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen."
Günther Beckstein (CSU), bayrischer Innenminister, am 10. Juni 2000 im Focus

„Kein Volk wird eine Überfremdung ohne Konflikt hinnehmen, es kann sie gar nicht hinnehmen (...), weil jedes Volk seine eigene Art zu leben und sein Recht darauf hat. Das ist ein Naturrecht jeden Volkes."
Norbert Geis (CDU/CSU-Fraktion) am 26.5.1993 im Bundestag

„Das Boot ist mehr als voll, es sinkt bereits. [...] Wo steht geschrieben, dass Ausländer dieselben Sozialleistungen erhalten müssen wie Deutsche?"
Wolfgang Zeitlmann (CSU), MdB, am 20.12.1998 in der Berliner Morgenpost

„Wenn wir mit dieser neuen Staatsregierung etwa die ganze Kurdenproblematik und das damit verbundene massive Gewaltpotential nach Deutschland importieren, schätze ich die Gefährdung der Sicherheitslage höher ein als bei der RAF in den Siebziger- und Achtzigerjahren."
Edmund Stoiber, 4.01.1999, Focus

„Der kommt aus dem Flugzeug 'raus und wird von der Polizei festgenommen – das wäre meine Traumvorstellung."
Günther Beckstein, CSU, zu von einem bayerischen Gericht geladenen Ausländer: Süddeutsche Zeitung, 3.2.2000,

„Es kann nicht sein, dass jemand, der als Leistungsträger in der deutschen Volkswirtschaft einen Beitrag leisten will, nicht rein darf, wohl aber einer, der nur sagt, ich begehre Asyl – unabhängig davon, ob es zutrifft oder nicht."
Edmund Stoiber, SZ 1.4.2000

„Sie dürfen nicht vergessen: 70 Prozent der Bevölkerung will keinen weiteren Zuzug."
Edmund Stoiber, 4.8.2001

Plakat zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Thüringen, im Internet auf der Homepage www.abad-th.de zu sehen. Das Plakat kann gegen Porto und Spenden bei ABAD Gera/AG Asyl, Karl-Schurz-Str. 13. 07545 Gera oder ABAD Erfurt, Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt bestellt werden (Geld und/oder Briefmarken beilegen).

Zitate von Stoiber und Co.

Absonderungen aus einem rassistischen Milieu

Nebenstehende Zitate aus dem engerem politischen Umfeld von Kanzlerkandidat Stoiber und von ihm selber sind nicht ganz neu, auch nicht ganz unbekannt, und vor allem nicht vollständig. Wir wollen sie dennoch beispielhaft in Erinnerung bringen, zum einen als Wahlkampfmunition und zum anderen, weil deutlich wird, aus welchem staatstragendem Milieu heraus der Rassismus und Nationalismus seine Wirkungsmacht entfaltet.

Klar ist, sollten diese Politiker an die Regierungsmacht kommen, werden sie den weiteren Ausbau zu einem rassistischen, auf Dominanz eines fundamentalistischen „Deutschtums" basierenden, BRD-Staat vorantreiben. Einfach zu erklären ist es nicht, warum diese Wirkungsmacht so stark ist.

Wie kommt es, dass sich solche Zitate, von Ausnahmen abgesehen, dermaßen gehäuft beim SDP-Lager und den Bündnisgrünen nicht ausmachen lassen, sondern oft eher gegenläufige, und die rot-grüne Bundesregierung trotzdem eine Politik betreibt, die dem ausländerfeindlichen Lager und dem institutionalisierten Rassismus zuarbeitet? Woher kam die Schwäche von Rot-Grün bei der wahrscheinlich gut gemeinten aber halbherzigen Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und wie war es möglich, dass die reaktionäre Mobilisierung dagegen aus dem Unionslager so erfolgreich war?

Wenn es auch, aber nicht nur die fehlende eigene, unmittelbare Betroffenheit der handelnden Personen aus dem Regierungslager ist, müssen noch andere Faktoren greifen.

Ein Faktor wird wohl die lange und gefestigte Tradition der eingebildeten Überlegenheit deutscher Kultur durch eine Vielzahl ihrer Träger sein, die eine hierarchische Sicht auf andere Kulturen ermöglicht, verbunden mit einer tiefen inneren Überzeugung von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen.

Trotz der Gegenkonzepte der Opposition („Proletarier aller Länder vereinigt Euch") strahlt diese Ideologie bis in ihre Reihen und lässt sich auch dadurch erklären, dass die vom Staat und den herrschenden Klassen produzierte Struktur gewordene Ungleichheit wiederum ungleiche Denkweisen produziert. Denn wenn der Staat z.B. Flüchtlinge wie Menschen zweiter Klasse behandelt, muss an der Zweitklassigkeit dieser Menschen irgendetwas dran sein, so der verheerende Trugschluss.

Zwar haben sich andere Formen und Vorstellungen des Zusammenlebens neben den herrschenden Kategorien von Staat und Nation, (aber auch Familie und Arbeit) vor allem über die Begriffe Solidarität und Gleichheit zwar entwickelt. Diese konnten aber nie so mächtig werden, dass die Legitimität und Vormachtstellung des herrschenden Diskurses darüber ernsthaft in Frage gestellt wurde.

So ist der Diskurs über das friedliche Zusammenleben aller Menschen in der BRD auch bei wohlmeinenden Deutschen zu oft mit der einseitigen Zumutung an die Anderen verknüpft, sich irgendwie anzupassen, statt in einen gegenseitigen Lernprozess zu treten, in dem bei Beibehaltung der eigenen Besonderheiten etwas Neues heraus kommt. Verbunden mit einer Politik, die glaubt zu wissen, was gut für andere ist, ohne die anderen tatsächlich zu berücksichtigen, ergibt sich dann die weit nach rechts gerückte rot-grüne Regierungspolitik.

Gegen diese Kultur der Ungleichheit muss eine Kultur der Solidarität und Gleichheit weiterentwickelt werden, wie sie sich im täglichen Miteinander der Menschen längst von unten ausbildet.

Thorsten Jannoff ■

Verein Walerjan Wróbel hält Erinnerung an einen von den Nazis hingerichteten Jugendlichen wach.

Tödliches Heimweh eines Zwangsarbeiters

Von Thomas Klaus

Die, die ihn gekannt hatten, beschrieben ihn als „grenzenlos naiv“. Naiv, das war er wohl – und er hatte schreckliches Heimweh nach seiner Heimat, nach Polen. Deshalb steckte der 16-jährige Zwangsarbeiter Walerjan Wróbel am 29. April 1941 die Scheune seines „Arbeitgebers“ im jetzigen Bremen-Lesum an. Seine einfältige Hoffnung: Er würde nach Polen zurück geschickt werden. Stattdessen wurde Walerjan Wróbel vor dem Bremer Sondergericht der Prozess gemacht. Die Juristen wollten keine Gnade walten lassen. Dabei hätten sie ihn auch wegen „einfacher“ Brandstiftung bestrafen können; schließlich ist eine Scheune kein Wohnhaus. Doch so verurteilten sie den Jugendlichen zum Tode. **Am 25. August 1942, vor nunmehr 60 Jahren, wurde das Urteil vollstreckt und Walerjan in Hamburg hingerichtet.**

Der Verein Walerjan Wróbel/Verein Zwangsarbeit e.V. mit Sitz beim Staatsarchiv in Bremen macht sich dafür stark, dass der Fall des jungen Zwangsarbeiters nicht vollends in Vergessenheit gerät. Und er nimmt sich intensiv des Themas der Zwangsarbeit unter dem Nazi-Regime an.

Die selbstständige Historikerin Eva Determann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Vereins. Sie beschreibt seine wichtigsten Aufgaben: „Wir pflegen Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, wollen ihnen humanitär helfen und spenden deshalb Medikamente oder Geld.“ Der Verein Walerjan Wróbel ist ebenfalls zur Stelle, wenn Zwangsarbeiter Dokumente brauchen, damit sie eine staatliche Entschädigung beantragen können, oder Übersetzungen vorgenommen werden müssen. Außerdem bemüht er sich um eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Zwangsarbeits-Themas und um breite Öffentlichkeitsarbeit.

Wesentliches Tätigkeitsfeld des Vereins: die Betreuung ehemaliger Zwangsarbeiter bei ihren Besuchen in Bremerhaven und Bremen. Erst Ende Mai dieses Jahres war eine Gruppe aus der Russischen Föderation und der Ukraine an die Weser gekommen. Sie hatte unter anderem die Stätten der ehemaligen Lager und Arbeitsorte aufgesucht. Der Verein Walerjan Wróbel hatte den Kontakt zu den 15 Gästen im Alter zwischen 76 und 81 Jahren hergestellt – und zusammen mit dem Senat für ein Programm gesorgt, das eine behutsame Begegnung mit der leidvollen Vergangenheit ermöglichte. „Die Opfer von damals brauchen die Wiederbegegnung, damit sie ihre schmerzvollen Erlebnisse verarbeiten können“, hat Eva Determann erfahren. Die Begegnung mit dem heutigen Bremen könne ihnen zeigen, dass in Deutschland Menschen heran gewachsen seien, die die gemeinsame Geschichte nicht vergessen lassen wollten. Finanziert wurde dieser Besuch – wie die vorherigen auch – aus Mitteln des seit 1999 bestehenden „Hilfsfonds für ehemalige Bremer Zwangsarbeiter/innen in Ost- und Südosteuropa“. Dieser Fonds wird von der Landesregierung und Bremer Unternehmen zu gleichen Teilen gefüllt. „Wir würden es sehr begrüßen, wenn das Besuchsprogramm auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden könnte“, so Eva Determann. Konkret: Finanzielle Mittel sollten so lange bereit gestellt werden, wie Zwangsarbeiter am Leben sind, die diese Reise antreten können.

■ Beschäftigt in der gesamten Wirtschaft

Als im Mai 1945 der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, fanden die Alliierten im Reichsgebiet rund neun Millionen Menschen vor, die aus ihren Heimatländern zur Zwangsarbeit in Deutschland verschleppt worden waren. Eine Liste aus dem September 1944 weist in der Freien Hansestadt Bremen fast 39.000 „Fremdarbeiter“ nach, davon rund 15.000 aus „dem Osten“. Ferner mussten zwischen 1942 und 1945 etwa 8.000 Häftlinge der Konzentrationslager Neuengamme und Auschwitz in Bremen Zwangsarbeit verrichten. In der gesamten bremischen Wirtschaft wurden diese Zwangsarbeiter beschäftigt. Dabei reichte das Spektrum von einzelnen Bauern im bremischen Umland über kleine und mittlere Firmen bis hin zu großen Unternehmen der Rüstungsindustrie. Auch die Stadtgemeinde Bremen griff auf die billigen Arbeitskräfte zurück, zum Beispiel für das Reinigen von Straßen und den Bau von Bunkern.

„Unzureichende Essensrationen und eine mangelnde medizinische Versorgung forderten unter den Ostarbeitern hohe Krankheits- und Todesraten“, schildert Eva Determann. Zwar bekamen die Zwangsarbeiter formal einen Lohn, aber je nach „rassischer“ Bewertung waren Abstufungen üblich. So wurden Menschen aus Polen wesentlich schlechter bezahlt als Westeuropäer. Oft wurde der Lohn in Lagergeld ausgehändigt und davon noch jede Menge für Arbeitskleidung, Unterkunft und ähnliches einbehalten; die meisten Zwangsarbeiter waren in mehr als 200 Lagern im gesamten Bremer Stadtgebiet untergebracht.

Nähere Informationen zum Verein Walerjan Wróbel gibt es unter der Telefonnummer 0421/361-65 28. Wer die Arbeit mit Geld unterstützen möchte, kann das Konto 112 49 81 bei der Sparkasse Bremen nutzen (Bankleitzahl: 290 501 01). Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

14. Antifa-Workcamp Weimar/ Buchenwald endete am Samstag 27. Juli +++ praktische Arbeitsprojekte waren erfolgreich +++ Broschüre zum „Speziallager 2“ entstanden +++

Am 27.7. ging das 14. Antifa-Workcamp Weimar/Buchenwald zu Ende. Die ca. 200 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, den Niederlanden und Polen haben eine ereignisreiche Woche hinter sich. Die praktischen Arbeitsprojekte des Workcamps waren auch anno 2002 sehr erfolgreich. Mit den Projekten „Steinbruch“ und „Bahndamm“ konnten sogar zwei völlig abgeschlossen werden, so dass in den kommenden Jahren verstärkt einer Archivrecherche nachgegangen werden kann, um für zukünftige Freilegungen (z. B. die Fundamente im Steinbruch) besser orientiert zu sein.

Höhepunkt der Campveranstaltungen war zweifellos das Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Auschwitz- und Buchenwaldhäftling Kurt Goldstein. Aber auch Referate über „Zyklon B“ oder „Gedenkstättenpolitik und Geschichtsrevisionismus“ stießen auf großes Interesse. Bei der „AG Speziallager“ stand zum Ende ihres Projektes wie bereits zum 12. Antifa-Workcamp 2000, das Erstellen einer Broschüre auf der Tagesordnung. In diesem Teil 2 des Infoheftes steht die Auseinandersetzung mit den theoretischen und praktischen Hintergründen der politischen Debatte um die Ausstellung „Speziallager 2“ im Mittelpunkt. Auch 2003 wird es leider noch alte und neue Nazis geben, und somit auch die 15. Auflage des Antifa-Workcamps.

Antifa-Workcamp Weimar/ Buchenwald 2002 ■

Schlechte Zeiten für Frankreichs Hardcore-Faschisten ? Abwarten...

Frankreichs Faschisten, vor allem jene vom Hardliner-Flügel – jenem, nach dessen Geschmack Jean-Marie Le Pen „zu schlaff" auftritt – haben zwei ereignisreiche Wochen hinter sich. Das betrifft die außerparlamentarische militante Sammlungsbewegung Unité radicale (UR), die in der zweiten Augustwoche gleich von einem doppelten Verbot getroffen wurde. Das betrifft aber auch jene Partei, die eng mit den gewaltbereiten Radaufaschisten von UR zusammengearbeitet hat: den MNR von Bruno Mégret. Die ohnehin schwer gebeutelte Partei könnte nun auch noch ihre allerletzte Hochburg verlieren: Vitrolles.

■ Aufhebung der Kommunalwahlen in Vitrolles

Am Montag, 29. Juli 02 hat der Conseil d'Etat - das oberste französische Verwaltungsgericht - der rechtsextremen Partei von Bruno Mégret einen neuen schweren Schlag zugesetzt. Die oberste Gerichtsinstanz im öffentlichen Recht annullierte die Kommunalwahl im südfranzösischen Vitrolles vom März 2001. Damals, im Zuge der landesweit am gleichen Tag stattfindenden Rathauswahlen, hatte die MNR-Kandidatin Catherine Mégret mit 45,3 Prozent der Stimmen knapp gegen ihren sozialistischen Herausforderer Dominique Tichadou (PS) gewonnen. Beide Listen trennten nur 201 Stimmen. Als dritter Kandidat in der Stichwahl hatte der konservative RPR-Bewerber Christian Rossi mit seiner Liste 10,6 Prozent der Stimmen erhalten. Sozialisten und Bürgerliche hatten sich darauf geeinigt, dass Rossi seine Kandidatur in der Stichwahl aufrecht erhalten solle - um zu verhindern, dass konservative Stimmen der extremen Rechten zufließen könnten. Tatsächlich hatte man befürchtet, dass im Falle einer Polarisierung zwischen MNR und PS viele konservative Wähler eher für den Erstgenannten stimmen könnten.

Ein anonymes Flugblatt, das aber höchstwahrscheinlich von der extremen Rechten – und mutmaßlich aus dem Rathaus – stammt, hatte Rossi zwischen den beiden Wahlgängen als angeblichen homosexuellen Kinderschänder diffamiert. Der Conseil d'Etat hat nun eingeschätzt, dass diese Episode den Wahlausgang in nicht unerheblichem Maße habe beeinflussen können. Die Wähler/innen in Vitrolles müssen daher erneut an die Urne gerufen werden, und zwar binnen einer Frist von maximal zwei Monaten. Die Frist beginnt mit der offiziellen Mitteilung der Ungültig-Erklärung an die derzeitigen Rathausinsassen zu laufen. Diese Mitteilung erfolgte in den Tagen nach dem Urteil des Conseil d' Etat, Anfang August. Daher wird Vitrolles höchstwahrscheinlich am ersten Sonntag im Oktober wählen. Wir werden unsere Leser/innen über die Entwicklung, die dem MNR den Gnadenstoß versetzen könnte, im Bilde halten.

■ Doppeltes Verbot für Unité radicale

Eine ansatzweise unangenehme Woche – auch wenn sie öffentlich Gegenteiliges beteurn und Kraftsprüche absondern – könnten auch Frankreichs militante Hardcore-Faschisten hinter sich haben. Am Dienstag, 6. August 02 wurde das Verbotsdekret gegen die neonazistische Sammlungsbewegung Unité radicale (UR, Einheit der Radikalen) erlassen. Am Donnerstag, 8. August dann erließ ein Pariser Gericht eine Einstweilige Verfügung zur Frage des Verbots ihrer Internet-Website, www.unite-radicale.com. Ein solches gerichtliches Verbot war durch die Union der jüdischen Studenten Frankreichs (UEJF) sowie die antirassistische Vereinigung J' accuse ‚Ich klage an' (unter Anspielung auf das gleichnamige Werk von Emile Zola, das sich gegen den antisemitischen Dreyfus-Prozess richtete) beantragt worden. J' accuse wird durch Marc Knobel animiert, den Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Paris.

Jener Teil des französischen Rechtsextremismus, der außerhalb der bzw. parallel zu den wahlorientierten rechtsextremen Parteien FN und MNR aktiv und explizit gewaltbereit ist, war durch den Attentatsversuch vom 14. Juli 02 ins Visier der Behörden geraten. Am französischen Nationalfeiertag hatte der 25jährige UR-Aktivist Maxime Brunerie auf Staatspräsident Jacques Chirac zu schießen versucht. Auch die rechtsextreme Wahlpartei von Bruno Mégret, der MNR (Mouvement national républicain), war durch die Affäre in Mitleidenschaft gezogen worden. Denn Brunerie war bis zuletzt aktives MNR-Mitglied gewesen. (Vgl. AN 16/02)

Der MNR, der sich ohnehin - nach seinen jüngsten schweren Wahlschlappen - in einer Abwärtsspirale befindet, versuchte auf die Beschädigung seines Ansehens zu reagieren: Am 1. August antwortete Bruno Mégret auf einer Pressekonferenz auf Journalistenfragen, zwei Führungskader der militanten UR seien „de facto" aus dem MNR ausgeschlossen – eine unpräzise Formulierung. Mégret behauptete aus diesem Anlass, die Partei erkenne die Doppelmitgliedschaft nicht an, deswegen bedeute die UR-Aktivität der beiden fraglichen MNR-Kader einen „faktischen" Ausschluss. Eine Gummiformulierung, die nicht klar macht, ob tatsächlich ein Rausschmiss stattgefunden hat.

Fortsetzung Seite 8

Rechtsextreme Europaperspektiven

ÖSTERREICH. Ernst zu werden scheint es mit den Planungen in der FPÖ, eine gemeinsame Liste von rechtsextremen europäischen Parteien für die Wahlen zum Europaparlament aufzustellen. Zu diesem Zwecke trafen sich am 25. und 26. Juli auf Einladung der rechtsextremen Zeitung „Zur Zeit" 50 Personen aus ganz Europa – unter ihnen Kärntens Landeshauptmann und nicht offizieller FPÖ-Führer Jörg Haider, sowie der Führer des belgischen Vlaams Blok, Filip Dewinter, und Mario Borghezio, Europaabgeordneter der Lega Nord aus Italien, der Haider bei dieser Gelegenheit als einen „Führer der Zukunft" bezeichnete. Für Oktober ist ein weiteres solches Treffen geplant, in Zukunft soll auch noch versucht werden, weitere rechtsextreme Parteien aus ganz Europa in das Bündnis einzubinden.

Wenig Freude bereitete das Bekanntwerden des Treffens nicht nur dem Koalitionspartner ÖVP sondern auch Teilen der FPÖ-Regierungsmannschaft, die auf ein international möglichst unbedenkliches Erscheinungsbild Wert legen. Oberhand in solchen Streitigkeiten wird letztendlich aber wie immer Jörg Haider behalten, der betont, dass die Positionen des Vlaams Bloks in vielen Punkten mit denen der FPÖ „ident" seien, und innerparteiliche Kritik mit der Forderung nach „Widerstand gegen politische Tugendterroristen" von sich weist.

Erste konkrete Auswirkungen der vertieften Zusammenarbeit gibt es auch bereits: Laut Informationen des Vlaams Bloks wird Jörg Haider im Januar oder Februar 2003 für diesen in Antwerpen und in Flandern auftreten.

Quelle: http://derstandard.at

FPÖ und Geschichte

ÖSTERREICH. Wieder einmal machen Teile der FPÖ mit ihren revisionistischen Geschichtsanschauungen von sich reden. Bei einer Sonnwendfeier der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft hieß es in einer Rede des FP-Politikers und Volksanwalts Ewald Stadler: Österreich sei „1945 – und das ist zur Staatsideologie geworden – angeblich vom Faschismus und der Tyrannei befreit worden". In Wirklichkeit sei Österreich erst 1955 befreit worden, als die Alliierten das Land verließen, entgegen der „Befreiungsideologie, die uns übergestülpt wird". Er würde von Nationalsozialismus oder der Besatzung durch die Alliierten „keines vorziehen" – und was schlimmer war, wolle er „heute nicht bewerten."

Gab es Anfangs auch aus den eigenen Reihen noch Kritik an dieser Aufrechnung der alliierten Besatzung mit dem

Und die vor allem zu überdecken sucht, dass im Mai 2000 anlässlich eines gemeinsamen Treffens von UR- und MNR-Kader ausdrücklich beschlossen worden war, die Doppelmitgliedschaft in beiden Organisationen zuzulassen.

Aber erst aus diesem Anlass wurde einem größeren Publikum bekannt, dass zwei der höchsten UR-Führer auch Mitglied der nationalen Führungsinstanzen des MNR waren. Denn sowohl Christian Bouchet – UR-Generalsekretär bis im April dieses Jahres – als auch der im April 2002 eingesetzte UR-Sprecher Fabrice Robert gehörten der MNR-Führungsebene an. Beide waren auf dem MNR-Kongress am 23./24. Februar 2002 in Nizza in den Conseil National (Nationaler Rat), das zweithöchste Parteigremium, gewählt worden. Dabei standen der Nationarevolutionär Christian Bouchet, und seine eher für eine Annäherung an die deutsche NPD eintretenden Nachfolger Fabrice Robert und Guillaume Luyt für eine unterschiedliche ideologische Ausrichtung innerhalb von UR. (Siehe AN 16/02) Fabrice Robert hatte ursprünglich der neofaschistischen Gruppierung Troisième Voie (Dritter Weg) angehört, die eine grob nationalrevolutionäre Richtung vertrat und die sich in den frühen 90er Jahren spaltete: Die Mehrheit näherte sich damals dem FN an, die Minderheit unter Christian Bouchet formte die (Klein)gruppierung Nouvelle Résistance und bemühte sich weiterhin um die Querfront-Strategie mit „Linken“ und Ökologen. Im Laufe der Neunziger Jahre wurde Fabrice Robert zunächst Kommunalparlamentarier des Front National im Großraum Paris – vor dessen Parteispaltung -, bevor er sich im Zentrum seiner späteren Aktivitäten, Nizza, niederließ. In Nizza wurde Fabrice Robert wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen verurteilt. Guillaume Luyt seinerseits war bis im April 2000 Chef der FN-Jugendorganisation FNJ, trat dann aber zurück, weil ihm die Le Pen-Partei zu bürgerlich (also zu brav) geworden sei.

Doch es kommt noch besser, was die Verbindungen zu den rechtsextremen Großparteien betrifft. Fabrice Robert wurde nicht nur auf dem MNR-Kongress Ende Februar 2002 in Nizza in die nationale MNR-Führung gewählt – er hat diesen Kongress mit organisiert, da er zugleich auch als Sekretär der lokalen MNR-Sektion in Nizza amtierte. In Nizza wiederum war es, wo Unité radicale (UR) ihren letzten größeren, spektakulären Auftritt hatte. Die Rede ist von der militanten Störaktion, die die militanten UR-Faschisten am 12. Juni dieses Jahres in Nizza gegen die Großveranstaltung der Zeitschrift ‚Marianne‘ durchführten. Am Abend des 1. Mai – dem Tag der gigantischen Demonstration gegen Le Pen – hatte das Wochenmagazin im Pariser Konzertsaal Bataclan eine Veranstaltung zum Thema ‚Le Pen, warum?‘ organisiert. An ihr nahmen Vertreter aller größeren politischen Kräfte teil, vom späteren rechten Premierminister Jean-Pierre Raffarin bis hin zum Grünen Noël Mamère, sowie der radikale Linke und Philosophieprofessor Daniel Bensaid und die beiden „antitotalitären“ Laberphilosophen Alain Finkielkraut und Bernard-Henri Lévy. Am 12. Juni wollte ‚Marianne‘ den Erfolg ihrer Debattenveranstaltung in Nizza wiederholen, unter dem Titel „Liegt Nizza noch in der Republik?“ – nachdem Jean-Marie Le Pen hier sein höchstes Wahlergebnis in einer Großstadt eingefahren hatte. Auf dem Podium saßen u.a. ‚Marianne‘ -Chefredakteur Jean-François Kahn, der Modephilosoph Bernard-Henri Lévy und Malek Boutih, der an der Spitze von SOS Racisme steht. Doch mehrere Dutzend von UR-Aktivisten platzten in die Veranstaltung, brüllten die Redner nieder (u.a. skandierten sie Slogans wie „Nizza, Freiheit, Identität !“) und warfen Rauchbomben. Journalisten und Mitglieder einer antifaschistischen Vereinigung aus Nizza, ADN (Association pour la démocratie à Nice) wurden physisch attackiert.

Fabrice Robert bekannte sich daraufhin öffentlich zu der Aktion, im Namen von UR, mit den Worten: „Das politische Büro von Unité radicale begrüßt die Mobilisierung einer großen Zahl identitärer Kameraden, die rund um ihre Aktivisten (also jene von UR) stattgefunden hat“. Fabrice Robert ist auch Chef der Parteisektion des MNR in Nizza, seine Aktivitäten dürften Bruno Mégret also nicht völlig entgangen sei. Öffentlich begrüßt wurde die militante Störaktion allerdings von einem Vertreter des („alten“) Front National, nämlich dem FN-Kommunalparlamentarier Gérard de Gubernatis. Im Gemeindeblatt ‚Nice Magazine‘, das vom Rathaus von Nizza herausgegeben wird, schreibt der FN-Vertreter in der Nummer Juli/ August 2002: „Tausend Dank den Jungen, die gezeigt haben, wo der politische Kampf gegen die Lackaffen des völkervermischenden Globalismus liegt!“ Sein Beitrag steht an nicht wirklich zu übersehender Stelle, direkt neben dem Leitartikel des Bürgermeisters von Nizza, des konservativen Rechtsaußen Jacques Peyrat. (Peyrat selbst hatte bis im November 1994 dem FN angehört, den er kurz vor den Kommunalwahlen vom Juni 1995 aus taktischen Gründen verließ, um im Juni 1996 dem konservativen RPR beizutreten.)

■ Verbotsverfügungen gegen UR

Die kaum verhüllte Rechtfertigung der Tat Maxime Bruneries vom 14. Juli 02, die man lediglich für taktisch unklug erklärte, in UR-Verlautbarungen trieb Innenminister Nicolas Sarkozy zum Handeln. Am 28. Juli 02 gab die Sonntagszeitung JDD bekannt, dieser habe das Verfahren zur gesetzlichen Auflösung von UR eingeleitet. Ein solches Verbot kann nach dem Gesetz vom 10. Januar 1936 – das sich damals gegen die paramilitärischen Verbände und „Ligen“ der profaschistischen Rechten richtete – per Dekret des Präsidenten erfolgen, das im Ministerrat diskutiert werden muss. (Auf dieser Grundlage hatte die linke Volksfront-Regierung im Juni 1936 tatsächlich eine Reihe pro-faschistischer Organisationen aufgelöst.) Am 6. August 02 war es dann so weit, anlässlich der letzten Kabinettssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause.

Guillaume Luyt hatte in den Tagen davor kraftmeierisch getönt, er freue sich über einen solchen Verbotsbeschloss, denn er werde UR neuen Auftrieb verleihen. Das ist jedoch zunächst Sprücheklopferei: Falls ein solches Verbot konsequent betrieben wird, kann es auch etwaige Nachfolgeorganisationen treffen. Zuletzt war auf der extremen Rechten 1980 die Neonazi-Vereinigung FANE verboten worden, die jedoch Nachfolgegruppierungen fand, etwa in Gestalt der Faisceaux nationalistes européens (deren Überreste in UR aufgingen). Nachdem das Verbot erfolgt war, tönten Fabrice Robert und Guillaume Luyt öffentlich, sie seien für diese Maßnahme dankbar, da sie dafür sorge, dass man jetzt öffentlich von Unité radicale spreche. Sie zwinge die Aktivisten lediglich dazu, nach vorn zu sehen, die historische Folklore hinter sich zu lassen und nunmehr in einem neuen, legalen, modernen Rahmen aktiv zu werden – in Form einer zu begründenden neuen „iden-

„Linksterroristen“ und Neonazi-Gefangenenhilfe

In AN 16/ 2002 ist nachzulesen, Unité radicale habe sich – über ihre Gefangenenhilfs-Organisation CEPE (Hilfskomitee für die europäischen Gefangenen) – im Februar 2000 um die in Haft sitzenden Mitglieder der früheren „linksterroristischen“ Organisation Action Directe (AD) bemüht. Die Reaktion der inhaftierten AD-Mitglieder sei jedoch nocht bekannt. Allerdings könne bei manchen linksradikalen „Antiimperialisten“, die in der Vergangenheit Westeuropa für eine Art us-amerikanischer Kolonie hielten, eine Form von Blindheit gegenüber der Gefährlichkeit dieser Rechtsextremisten nicht ausgeschlossen werden – wie das Beispiel des in Paris inhaftierten Terrroristen Carlos (alias Ramirez Illitsch Sanchez) belege, der sich Mitte der 90er Jahre in Verlautbarungen positiv auf Le Pen bezog. Einem fundierten Artikel aus der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ vom 30. Juli 2002 entnehmen wir, dass die inhaftierten AD-Mitglieder tatsächlich die Hilfe der rechtsextremen Gefangenenbetreuungs-Organisation CEPE abgelehnt und zurückgewiesen haben. Hingegen habe der internationale Terrorist Carlos sich in einem Schreiben an die Neonazis ausdrücklich positiv auf ihre Initiativen bezogen. Ausdrücklich erklärte Carlos, der in der Vergangenheit arabischen Regimen wie der irakischen und später der syrischen Diktatur als Söldner gedient und dies mit einem Beitrag zum (u.a. palästinensischen) „Befreiungskampf“ verwechselt hatte, demnach Folgendes: „Behalten wir unsere Besonderheiten und unsere Wortwahl bei, aber schließen wir uns für das allgemeine Wohl zusammen, gegen den Menschheitsfeind von gestern und heute : den Yankee-Imperialismus, den Zionismus und ihre Knechte.“ Einem solchen Typus von vorgeblich progressivem Antiimperialisten möchte man nur eines zurufen: Halt’ s Maul, am besten für immer. *BhS, Paris* ■

titären, sozialen und europäischen Bewegung".

Eine solche Gruppierung mit offiziellem Status, als kulturelle Bewegung (oder politische Partei), soll bereits im Herbst dieses Jahres ins Leben gerufen werden. Die jetzt verbotene Organisation UR hatte bisher keinen solchen legalen Status besessen : Lediglich ihre „Mutterorganisation" Nos Racines („Unsere Wurzeln") war ins Vereinsregister eingetragen, Unité radicale selbst war jedoch im Juni 1998 ohne juristischen Status begründet worden. Sollte eine solche, kulturelle oder politische Vereinigung neu begründet werden, dann fällt sie tatsächlich nur dann unter das UR-Verbot, wenn ihr eine inhaltliche bzw. organisatorische Kontinuität nachgewiesen werden kann. Einige ihrer Kader könnten das Verbot nutzen, um die militante Variante des Faschismus zu modernisieren und jene Deppen hinter sich zu lassen, die sich hauptsächlich mit Nazi-Folklore beschäftigen. Doch dürfte in der Realität das Potenzial dafür begrenzt sein, da die Kader auch nicht über unendlich viele Aktivisten verfügen. UR gab die Zahl ihrer Mitglieder bisher mit 2.000 an, das dürfte deutlich übertrieben sein. Der Neofaschismus-Experte Jean-Yves Camus und andere Quellen stuften jüngst die Zahl ihrer Aktivisten in die Größenordnung 100 bzw. 200 ein; insgesamt wird das Spektrum des militanten, außerparlamentarischen Radaufaschismus (jenseits der Großparteien FN und MNR) auf 2.000 bis 3.000 Parteigänger geschätzt, mit einem harten Kern von 500 Aktivisten. UR hat versucht, dieses Potenzial zu bündeln, was ihr teilweise auch gelungen ist.

Der MRAP (Mouvement contre le racisme et l' amitié entre les peuples/ Bewegung gegen Rassismus und Völkerfreundschaft), eine früher KP-nahe Antirassismusorganisation, hat übrigens kommentiert: „Eine der wichtigsten Errungenschaften der UR-Affäre ist, dass sie gezeigt hat, dass zahlreiche Übergange zwischen den etablierten (rechtsextremen) Parteien und den extremistischen Gruppierungen existieren. (...) Diese Tatsache bestärkt unsere Überzeugung, dass man das Gesetz von 1936 absolut auf den FN oder den MNR anwenden kann."

■ (Keine) Freiheit für Faschisten im Internet ?

Neben dem UR-Verbot wurden auch Maßnahmen gegen ihre Webpage im Internet getroffen. Am 31. Juli fand in Paris vor dem Richter für Eilverfahren die Anhörung über das geforderte Verbot der Webpage von UR statt. Die Website wurde von Fabrice Robert selbst in einem jüngsten Interview (in der rechtsextremen Zeitschrift ‚Identité') als wichtigstes Element der „Kommunikationsstrategie" der Neonazis bezeichnet. Laut Eigenangaben verzeichnete die Homepage früher 40.000 monatliche Zugriffe, seit den Wahlen im April sei die Zahl jedoch auf 100.000 im Monat angestiegen. Auf der 3.000 Druckseiten umfassenden Website wird kaum ein Blatt vor den Mund genommen. In der Rubrik „Besetztes Europa" etwa werden Brandanschläge auf Synagogen als angeblicher Widerstand gegen die Besatzung begrüßt. In der Rubrik „Geschichte" wird auf wichtige Daten wie den jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch oder Ereignisse wie den Tod von Adolf Hitlers Sekretärin hingewiesen. Der Brandanschlag auf die Synagoge im tunesischen Djerba am 11. April 2002, oder die Attacke auf eine Synagoge im ukrainischen Kiew firmieren unter dem Titel „Widerstand gegen die Neue Weltordnung". Als „Kollabos" (Kollaborateure) werden etablierte Politiker vorgeführt, etwa der amtierende Premierminister Raffarin, weil er sich anlässlich des Gedenktags für die Razzia vom Vel' d'Hiv – die schlimmste Judenrazzia in Frankreich vom 16. Juli 1942 – zur französischen Mitschuld an den Judendeporationen bekannt hat. In die Rubrik „Freuden der Immigration" fallen etwa Meldungen über die Vergewaltigung eines französischen Mädchens, vorgeblich durch Immigranten. Über straffällige Immigranten und Kriminalstatistiken wird genüsslich berichtet, wo möglich unter vollständiger Nennung von Namen und persönlichen Angaben. Und so weiter und so fort....

Am Donnerstag, 8. August fiel – per Einstweiliger Verfügung – die Verbotsverfügung, welche die Kläger (die Jüdische Studentenunion UEJF und die Vereinigung J' accuse) beantragt hatten. Die Betreiber der Webpage erhielten 48 Stunden Zeit, um www.unite-radicale.com abzuschalten. Diese war am Samstagfrüh, 10. August tatsächlich nicht mehr erreichbar.

Fortsetzung Seite 10

nationalsozialistischen Massenmörderregime, so stellten sich bald weite Teile der FPÖ – unter ihnen FPÖ-Oberführer Jörg Haider – schützend hinter den Anwalt für Völkisches, so dass dieser mittlerweile als FPÖ-Spitzenkandidat für die im kommenden Jahr stattfindenden niederösterreichischen Landtagswahlen gehandelt wird.

Eine besonders negative Rolle spielte in dieser Causa wieder einmal Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) der sich anfänglich wieder einmal durch seine bekannteste Eigenschaft – dem Schweigen – auszeichnete, um dann in einer Rede im Parlament doch ein paar Worte zu der ganzen Angelegenheit zu verlieren: Ohne Stadler auch nur ein einziges Mal namentlich zu erwähnen, offenbarte er ein weiteres Mal sein krudes Geschichtsbild, nachdem Österreich Opfer des Nationalsozialismus – und nicht Mittäter – gewesen sei.

Von all diesem Rückenwind getragen, gewährt Stadler schon einmal einen tieferen Einblick in seine gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen. In einem Interview mit der rechtsextremen – von FP-Berater Andreas Mölzer herausgegebenen und staatlich geförderten – Wochenzeitung „Zur Zeit" bedauerte er, dass die „Propagandisten unseres Zeitgeistes auch unter der neuen Regierung weiterarbeiten können, so als ob es nie eine politische Änderung gegeben hätte." *Quelle: http://derstandard.at*

FPÖ im Kampf gegen ZuwanderInnen

Neue Höhen im Bereich des staatlichen Rassismus möchte FPÖ-Generalsekretär Westenthaler erklimmen. Dieser kündigte nämlich an, künftig die Ansprüche von MigrantInnen auf Sozialleistungen auf das Niveau des jeweiligen Herkunftslandes herabsenken zu wollen. Dies hieße, dass die Betroffenen zwar gleich viel wie ÖsterreicherInnen in die Sozialtöpfe einzahlen, aber wesentlich weniger aus ihnen zurück erhalten. Opposition und Verfassungsexperten sehen in dem Vorhaben einen glatten Verfassungsbruch, der gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße.

Wenig beeindruckt von der harschen Kritik zeigte sich allerdings Westenthaler selbst, der ankündigt, dass die angesprochenen Regelungen „mit Sicherheit" Eingang in die nächste Novelle der Fremdengesetze finden werden.

Aus dem monatlichen Newsletter der Rosa Antifa Wien, www.raw.at ■

Allerdings schalteten die (ehemaligen) UR-Kader bereits am Mittwochabend eine andere Webpage zu, die in Kanada und den Niederlanden beherbergt ist, wohin das französische Gesetz a priori nicht reicht. Die Adresse lautete zunächst www.dissolution-ur.com (zu Deutsch „www.Auflösung-UR.com“). Am Freitag wurde auf dieser Webpage allerdings angekündigt, dass auch ihren Betreibern Schwierigkeiten bereitet würden, und man wurde auf eine andere Webpage weitergeleitet (http://204.181.176.51/). Am Samstag, 10. August erfolgte die Weiterleitung auf die letztgenannte Webpage automatisch, wo es allerdings hieß, dissolution-ur.com diene „während der Übergangsphase“ als Internet-Adresse, „(so lange) bis eine neue Organisation gegründet worden ist“. Unterschrieben war die Stellungnahme von Fabrice Robert. In Frankreich hat der Vorsitzende der Union jüdischer Studenten (UEJF), Patrick Klugmann, seinerseits angekündigt, auch wenn die neue Webpage außerhalb der Reichweite französischer Gesetze ins Netz gespeist werde, könne Fabrice Robert doch in Frankreich strafrechtlich belangt werden, soweit ihre Inhalte gegen französische Strafgesetze verstießen.

Am Freitag, 2. August ist unterdessen der gescheiterte Attentäter Maxime Brunerie erstmals dem Untersuchungsrichter vorgeführt und anschließend inhaftiert worden. Nach dem 14. Juli war er zunächst drei Wochen lang unter psychiatrischer Aufsicht verblieben. Der vorläufige Bericht des psychiatrischen Gerichtsexperten Michel Dubec kommt zu dem Schluss, Brunerie sei zum Tatzeitpunkt nicht unzurechnungsfähig gewesen. Hält der Abschlussbericht des Gutachters in einem Monat diese Analyse aufrecht, dann wird Brunerie der Prozess gemacht werden können. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Die Großparteien (FN und MNR), die Neonazis und die Gewalt

Jean-Marie Le Pen hat die Verbotsverfügung gegen Unité radicale öffentlich kritisiert. Er denunzierte den Beschluss des Ministerrats vom 6. August 02 mit den Worten, die Regierung habe auf diesem Wege „den Forderungen der linksradikalen Splittergruppen“ nachgegeben, die ein solches Verbot nach dem „Operetten-Attentat“ vom 14. Juli gefordert hätten. Unité radicale bezeichnete Le Pen als „kleine Aktivistengruppe“ von, so fuhr der FN-Chef fort, „turbulenten jungen Nationalen“. Die Raffarin-Regierung habe „weniger Achtung und Milde“ für diese übrig als „für die korsischen Terroristen und die Mörder des Präfekten Erignac, die Feinde Frankreichs sind.“ (Der Vertreter des französischen Zentralstaats auf Korsika wurde im Februar 1998, mutmaßlich von Separatisten mit Kontakt ins kriminelle Milieu, getötet – nach den Tätern wird gefahndet, aber einige konnten bisher noch nicht gefasst werden.)

Ferner fügte Le Pen hinzu, in derselben Logik müssten die grüne Partei und die Liga für Menschenrechte LDH verboten werden, da eines ihres Mitglieder – Richard Durn - im März dieses Jahres acht Kommunalparlamentarier in Nanterre erschossen habe. Tatsächlich war der Amokläufer Richard Durn, bevor er durchdrehte, Sympathisant (oder Mitglied am Rande) der grünen Partei und zeitweise Mitglied der LDH gewesen. Seine Tat beruht jedoch lediglich auf einem individuellen Durchdrehen, und in den Internet-Foren der grünen Partei wird nicht über die taktischen Vorzüge oder Mängel seiner Tat diskutiert, wie dies nach dem Attentat vom 14. Juli in den Internet-Foren von Unité radicale und britischer Neonazis der Fall war.

Bereits kurz nach dem Attentat vom französischen Nationalfeiertag hatte Le Pen zunächst ironisch erklärt: „Ich habe immer gewusst, dass, wenn es eines Tages einen Verrückten (Anm.: im Sinne von Amokläufer, auf Französisch sagt man ‚verrückter Schütze‘) gäbe, das man es dann schaffen würde, ihn auf die eine oder andere Weise der extremen Rechten zuzuschreiben.“ Er hatte hinzugefügt: „Alles, was ich weiß, dass die beiden wirklichen Mörder aus der europäischen politischen Klasse alle beide Grüne gewesen sind. Es war ein Grüner, der den niederländischen rechtsextremen Parteichef Pim Fortuyn getötet hat, und es war ein Grüner, der in Nanterre 14 Menschen getötet hat.“ In Wirklichkeit war der Attentäter auf Pim Fortuyn ein fanatischer Tierschützer, aber kein Mitglied einer grünen Partei. Richard Durn seinerseits hatte acht, und nicht 14 (wie Le Pen fälschlich angab) Personen erschossen. Ein Zusammenhang mit seiner zeitweiligen, begrenzten Betätigung für die Ökopartei ist nicht ersichtlich.

Nun ist Jean-Marie Le Pen in seinem Auftreten den UR-Aktivisten zwar zu schlapp. Dennoch hat es auch hier immer wieder Kontakte und Kooperationen gegeben, wenngleich die Bindungen nicht derart eng waren wie zwischen UR und der Mégret-Partei. ‚Le Monde‘ (vom 30. Juli 02) hat der GUD – eine rechtsextreme Studentenkombo, die Mitglied der jetzt verbotenen Sammelbewegung UR gewesen ist – am Wahlkampf des FN zu den Europaparlamentswahlen 1999 teilgenommen, gegen Bezahlung. Auch aus anderen Anlässen zeigten die FN-Kader nicht unbedingt, dass sie solcherlei Fusstruppen gescheut hätten wie der Teufel das Weihwasser.

Zu Anfang des Jahres 2002 fand in Ostfrankreich der Prozess gegen mehrere Neonazis statt, die am 18. Dezember 1999 eine Wintersonnenwendfeier in Saint-Dié im Vogesen-Département abgehalten hatten. Rund 100 Radaufaschisten hatten daran teilgenommen. An dem Abend wurde die Judenvernichtung in unzweideutigen Liedtexten besungen: „Juden aus Frankreich und anderen Ländern, ausziehen zum Duschen, alle in die Reihe gestellt. (...) Treblinka ist der größte Campingplatz in Polen, wenn Du dorthin gehst, dann wirst Du zu Kohle...“ Die Geschehnisse kamen durch das Video, das ein V-Mann der Polizei gedreht hatte, ans Tageslicht. Neben Marc Frederiksen, dem Chef der 1980 verbotenen Neonazi-Truppe FANE, als Ehrengast hatten mehrere FN-Funktionäre aus der Region an der Feier teilgenommen. Identifiziert werden konnten der Chef der FN-Jugendorganisation FNJ für die Region Lothringen, Patrick Klein, und ein Mitglied des Ordnerdiensts der Partei, Cédric Bégin, der als Veranstalter fungiert hatte – aber auch der Bezirksvorsitzende des Front National und Abgeordnete im Regionalparlament in Metz, Jean-Yves Douissard. Letzterer ist auf der Videoaufzeichnung zu bewundern, wie er über beide Ohren grinsend den wüsten antisemitischen Texten lauscht.

Douissard ist bis heute FN-Vorsitzender im Département. Anlässlich des Prozesses, der am 28. Februar dieses Jahres zu Ende ging, hatte die aktuelle „Nummer Zwei“ der neofaschistischen Partei, Bruno Gollnisch, einen Brief an das Gericht gesandt, der als „Moralitätsnachweis“ den Dokumenten der Verteidigung beigeheftet wurde. Gegenüber der Tageszeitung ‚Libération‘ (vom 13. März 02) erklärte FN-Generalsekretär Gollnisch, Douissard sei „Opfer einer Provokation“ geworden, einer Falle, die ein Polizeispitzel ihm gestellt habe. Jean-Yves Douissard war zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Die beiden FN-Mitglieder Klein und Bégin erhielten je zwei Jahre, davon sechs bzw. vier Monate ohne Bewährung.

Am 1. Mai dieses Jahres war die Präsenz der UR-Radaunazis – bitte nicht gar zu auffällig! – in der jährlichen FN-Demonstration durch die Nummer Zwei des Front National, Bruno Gollnisch, ausgehandelt worden. Daneben nahm der FN, um den Ordnerdienst anlässlich der diesjährigen 1. Mai-Demonstration zu verstärken, die Dienste einer Security-Gesellschaft namens Normandy in Anspruch. Normandy wird vom ehemaligen Schatzmeister der gewalttätigen Studentenkombo GUD - Mitglied der Sammelbewegung Unité radicale - verwaltet. Der gescheiterte Chirac-Attentäter, Maxime Brunerie, arbeitete für Normandy.

Dennoch besteht ein Problem für den FN darin, dass er den jungen Aktivisten, die es zu gewaltsamer Betätigung drängt, keine ausreichenden Aktionsfelder bieten kann, da er als politische Partei Rücksichten nehmen muss. Während der Wahlkämpfe in diesem Frühjahr kam es zu einem – einzigen – gewalttätigen Zwischenfall mit FN-Parteigängern, der allerdings größer ausfiel. Das war am 2. Juni 02 auf dem Wochenmarkt der rue Ménilmontant, im 20. Pariser Bezirk. Zwischen 30 und 40 junge FN-Anhänger waren im Tross der FN-Kandidatinnnen Martine Lehidieux und Alexandre Chabot auf den Markt gekommen und fielen, massiv Tränengas einsetzend, über Aktivisten des Antifa-Netzwerks RLF, der trotzkistischen LCR und der anarcho-kommunistischen AL her. Ein Kleinkind, das Reizgas abbekommen hatte, musste im Krankenhaus behandelt werden.

Was den MNR betrifft, so fügt die Tageszeitung ‚Le Parisien‘ (vom 8.8.02) eine weitere Information zum ohnehin finsteren Gesamtbild hinzu. Unter der Überschrift „Ein ehemaliger MNR-Kandidat hat Brunerie das Schießen beigebracht[2] berichtet das Blatt (eine „intelligente Boulevardzeitung“) über einen 44-jährigen gebürtigen Deutschen namens Bernard oder Bernhard G., der früher in der Fremdenlegion Dienst tat. Der Betreffende ist mit einer Französin verheiratet und arbeitete zeitweise in einer Rüstungsfabrik, bevor er arbeitslos wurde. Der 44-jährige war MNR-Kandidat bei den Senats- und den Kantonalwahlen (letztere sind die Wahlen zu den Bezirksparlamenten der Départements) und wohnt, nachdem er lange im südfranzösischen Vaucluse ansässig war, in der ländlichen Ortschaft Giry in der Region Burgund. Der Ex-Soldat war nach Angaben des ‚Parisien‘ auch vorübergehend im paramilitärischen Ordnerdienst der Mégret-Partei aktiv. Informationen der Zeitung zufolge hatten Maxime Brunerie und Bernard G. sich anlässlich von MNR-Veranstaltungen in Paris getroffen. Der 25-jährige Pariser Student war später zu dem bulligen Ex-Legionär in die Provinz gereist, wo dieser ihm auf dem platten Land Schießunterricht erteilte. Dies hatte der Betreffende den Ermittlungsbehörden gegenüber angegeben, auch wenn er gegenüber dem ‚Parisien‘ zu dementieren suchte. Bernard G. scheint sich allerdings mittlerweile auf dem Rückzug ins Privatleben zu befinden. *Bernhard Schmid, Paris* ■

DGB-Initiative für Migranten: Jetzt handeln und einen sicheren Aufenthaltsstatus beantragen!

Mit zwei neuen Broschüren will der DGB Migrantinnen und Migranten motivieren, noch vor Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes einen sicheren Aufenthaltsstatus zu beantragen. „Mit der Initiative ‚Jetzt handeln – beantragen Sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. eine Aufenthaltsberechtigung' wollen wir informieren und auffordern, noch vor dem 31. Dezember 2002 die entsprechenden Anträge zu stellen", sagte der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener am Donnerstag in Stuttgart.

„Mehr als die Hälfte aller Migrantinnen und Migranten leben bereits mehr als zehn Jahre in Deutschland. Dennoch haben viele von ihnen immer noch keinen sicheren Aufenthaltsstatus", so Bliesener. Oft würden die Anforderungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung erfüllt, dennoch hätten viele aufgrund mangelnder Beratung keinen Antrag gestellt.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz wird es nur noch eine befristete Aufenthaltserlaubnis und eine Niederlassungserlaubnis (Daueraufenthaltsstatus) geben. Ausländische Staatsangehörige, die bei Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Januar 2003 die unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder die Aufenthaltsberechtigung besitzen, erhalten dann den sehr sicheren Status der Niederlassungserlaubnis. Gleichzeitig ändern sich aber die Voraussetzungen für die Erteilung eines Daueraufenthalts. Es sollen – entsprechend der Begründung des Gesetzes – zwar keine Verschlechterungen beim Aufenthaltsstatus für langjährig in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige eintreten. Dennoch werden die Anforderungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis auch für diese Gruppe geändert, z.B. bei der Sicherung des Lebensunterhalts und auch die Gebühren werden erhöht.

Wichtig sei es daher, so der DGB, bereits vor Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2003 aktiv zu werden.

Die Broschüren erläutern kurz und übersichtlich die wichtigsten Voraussetzungen. Wer sich informieren möchte, kann die Broschüren als pdf-Datei unter www.migration-online.de herunterladen oder als Printausgabe bestellen. ■

Bestelladresse: Der Setzkasten GmbH, Tel. 0211/4080090-0; Fax 0211/4080090-40; E-Mail: lavista@setzkasten.de. Sie sind auch beim DGB selbst erhältlich.

10. Internationales Kurdistanfestival

GELSENKIRCHEN. Am 7. September 2002 wollen Kurdinnen und Kurden in Europa ein Zeichen setzen. In ihrem Aufruf zum Festival in Gelsenkirchen heißt es.

„Wir halten daran fest: Frieden ist machbar. Machbar, wenn am Anfang die Bereitschaft zum Dialog steht, aus dem erst gegenseitiger Respekt und die Toleranz des Anderen erwachsen kann. Deshalb treten wir ein für den Dialog in einer sich immer mehr globalisierenden Welt, in der das friedliche Zusammenleben aller Menschen mit ihren verschiedenen Kulturen, Sprachen und Traditionen möglich sein muss. Unser Friedensfestival soll hierfür ein Ausdruck sein.

Frieden braucht jedoch Gerechtigkeit. Nur dann kann Frieden dauerhaft bestehen. Ja, nur so wird er erst möglich. Das Streben nach einem gerechten Ausgleich zwischen Konfliktparteien ist es, was einer Aussöhnung den Weg ebnet und die Wunden des Krieges heilen lässt. Seit drei Jahren schweigen die Waffen in einem Krieg, der so viel an Zerstörung und Leid über Millionen von Menschen gebracht hat. Deshalb sind wir Kurdinnen und Kurden besorgt. Besorgt über die politische Unvernunft in einem Europa, das wider besseres Wissen eine Kraft stigmatisiert, die sich seitdem rückhaltlos für den Frieden eingesetzt hat.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Deshalb ist die Entscheidung der Europäischen Union, die Arbeiterpartei Kurdistan in die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, nicht nachvollziehbar. Sie ist ein falsches Signal und erschwert den Dialog, der für das friedliche Zusammenleben von Türken und Kurden so nötig ist. Ja, sie verlängert den steinigen Weg zu Frieden und Demokratie in der Türkei. Der Beschluss der EU kommt einer einseitigen Verurteilung gleich. Hier wird indirekt Partei ergriffen. Dies widerspricht dem Gleichheitsprinzip im universellen Recht. Ein Recht, dem sich auch das moderne Europa verpflichtet sieht.

Unser Friedensfestival soll verdeutlichen: Wir erklären unser Veto gegen die politische Unvernunft. Aber auch unseren festen Willen, unverrückbar den Weg der Verständigung und der Konfliktlösung jenseits aller Gewalt gehen zu wollen. Wir sind keine „Terroristen", sondern Bürgerinnen und Bürger dieser Welt, mit gleichen Rechten und dem Recht auf Anerkennung unserer Existenz. Wir fordern die sofortige Überprüfung der EU-Liste, auf die wir nicht gehören. Wir fordern die Anerkennung der kurdischen Identität.

Europa sollte nicht das Problem verschärfen, sondern seinen Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage leisten - demokratisch und politisch. Dafür wollen wir am 7. September 2002 in der Arena auf Schalke werben. Dafür wollen wir Mitstreiter gewinnen."

Veranstalter: YEK-KOM (Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland) Festivalbüro: Graf Adolf Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Tel:+49(0)2111711452, Fax:+49(0)2111711453, E-mail: festival@an-erkennen-kurd.de ■

Tour der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen vom 17.8. bis 21.9.2002

Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus dem Aufruf der diesjährigen Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen. Termine und einzelne Stationen der Tour unter:

„Mit den neuen Zuwanderungs- und Anti-Terrorgesetzen ist Deutschland praktisch dabei, das durch den Asylkompromiss von 1993 auf ein Minimum beschnittene verbliebene Asylrecht in diesem Land abzuschaffen. Seit Bestehen der Regelung werden jedes Jahr weniger als 4 % aller Antragsteller anerkannt, 95 % oder mehr dagegen abgelehnt. Die Mehrheit der wenigen, die schließlich eine Anerkennung erhalten, muss nach der Ablehnung des Erstantrags durch das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" (BAFL), die inzwischen zur Norm geworden ist, mehrere Jahre im Gericht zubringen, um die Berechtigung ihrer Fälle nachzuweisen.

Fast alle abgelehnten Bewerber werden von der deutschen Gesellschaft abgesondert und isoliert, da sich die für uns vorgesehenen Lager und Heime meist irgendwo tief im Wald in abgelegenen Gegenden wie Tambach, Dietharz, Parchim etc. befinden, während der Staat in dieser Zeit unsere Abschiebung vorbereitet. Die fürchterlichen Lebensbedingungen in den Lagern und der Einsatz von

Lebensmittelgutscheinen, verbunden mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge, zeugt von der Inhumanität, die das tägliche Leben von Flüchtlingen in Deutschland bestimmt. Das Verlassen des eigenen Landkreises ohne schriftliche Genehmigung bedeutet, eine hohe Geld- oder sogar Gefängnisstrafe zu riskieren. Erniedrigung durch ständige rassistische Polizeikontrollen auf der Straße gehört für uns zum Alltag, das Recht auf eine normale und menschenwürdige Existenz wird uns verweigert.

Angesichts der Tatsache, dass zur Zeit die gesetzliche Grundlage für die praktische Abschaffung des Asylrechts gelegt wird, besteht kein Zweifel daran, dass Politiker beider Seiten im Vorfeld der Bundestagswahl im September reichlich davon Gebrauch machen werden, die Bevölkerung in noch stärkerem Maße gegen Flüchtlinge und Migrant/innen zu mobilisieren, um sich einen möglichst hohen Stimmanteil bei der ausländerfeindlichen Wählerschaft zu sichern.

Verschiedene Inhalte des sogenannten neuen Zuwanderungsgesetzes bewirken eine weitere Verschärfung der schon jetzt schweren, oft furchtbaren Lebensbedingungen, denen Flüchtlinge in Deutschland derzeit ausgesetzt sind. Die angeblich „zügige Abschließung“ von Asylverfahren mit dem schon feststehenden Endergebnis der Ablehnung hat eindeutig zur Folge, dass eine weit höhere Zahl von Flüchtlingen abgeschoben oder in Abschiebehaft genommen wird.

Wir möchten betonen, dass nach dem Asylkompromiss von 1993 das, was „Asyl“ inzwischen für uns praktisch bedeutet, die Zeit ist, in der wir auf unsere negativen Gerichtsentscheidungen warten. Im Anschluss daran versucht uns der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln abzuschieben. Das gegenwärtige Verfahren gibt uns keine Möglichkeit, einen fairen Prozess zu erhalten, um unsere Fälle zu entscheiden.

... Seit dem September des vergangenen Jahres, als der imperialistische „Krieg gegen den Terrorismus“ in Afrika, Asien und Lateinamerika begonnen wurde, beobachten wir mit Bestürzung, dass in unseren Heimatländern menschliches Leben immer mehr an Wert verliert. Terroristische Regime auf der ganzen Welt benutzen den von den USA angeführten Krieg, um ihre Kritiker zu bekämpfen. Mächtige Länder wie England und die BRD folgen den USA mit ihrem Militärapparat in unsere Länder, um bei der Verteilung der wenigen noch verfügbaren Ressourcen der Erde ja nicht zu kurz zu kommen. Dieser neue Krieg missachtet das Leben der am meisten unterdrückten Menschen auf der Welt, und er missachtet die Menschenrechte für die ärmsten Länder der Welt.

... Deutschland benutzt den „Krieg gegen den Terrorismus“ um seinen eigenen Krieg gegen Flüchtlinge und Migrant/innen aus anderen Ländern zu führen. Drakonische „Sicherheitsgesetze“ wurden in Rekordzeit durch den Bundestag und Bundesrat gebracht und treten in diesem Jahr in Kraft. Dies ebnet den Weg, anerkannte politische Flüchtlinge mit der Begründung des „Terrorismusverdachts“ abschieben zu können, selbst wenn die deutschen Behörden selber zugestehen, dass ihnen dann Folter oder gar die Todesstrafe droht. Flüchtlinge werden künftig wegen eben jener politischen Verfolgung, die bis gestern noch ihren Flüchtlingsstatus begründet hat, nun als „Terroristen“ eingestuft werden.

Die Medienhetze gegen islamische Fundamentalisten scheint gerade erst zu beginnen. Festzulegen, wer künftig als Feind der Inneren Sicherheit gilt, bleibt das Privileg des deutschen Staates und dieser spricht in zunehmendem Maße dieselbe Sprache, wie die Regime, vor denen Flüchtlinge sich hier zu retten hoffen. Von der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbemerkt werden derzeit Massenabschiebungen auch von Kurd/innen in die Türkei geplant und unter den Abzuschiebenden sollen sich selbst anerkanntermaßen politisch Verfolgte befinden. Wer als nächster als „Terrorist“ eingestuft wird, dürfte von Deutschlands wirtschafts- und weltpolitischen Interessen abhängen.

Als wir aus unseren Ländern flohen um in anderen Teilen der Welt Schutz zu suchen, blieben unsere Herzen bei den Menschen, die die Kämpfe um die Befreiung unserer Völker weiterführen. Wir werden niemals zulassen, dass das unaussprechliche Leid, die Folter und der Tod, die direkte Folge der Kriege der von den westlichen Mächten unterstützten Diktatoren sind, in Vergessenheit geraten. Vom Afghanistan-Krieg über den „Plan Colombia“, den endlosen Krieg im Mittleren Osten, die Menschenrechtsverletzungen und dem Krieg gegen Befreiungsbewegungen im Iran, in Nepal, in Sri Lanka und in Kamerun: das Ergebnis sind stets Flüchtlinge.

KRIEG VERURSACHT FLÜCHTLINGE! NICHT FLÜCHTLINGE VERURSACHEN KRIEG!

Verschärfung der Asylpolitik in Frankreich

FRANKFREICH. Effizient abgeschoben werden soll künftig (auch) in Frankreich. Vorige Woche legte die Rechtsregierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin einen Entwurf für die „Reform“ des Asylrechts vor. Ab Ende August wird dieser dann in eine Gesetzesvorlage einfließen, die vom Parlament in den darauffolgenden Wochen angenommen werden soll. Der Entwurf sieht zunächst eine straffe Verkürzung der Asylverfahren vor dem OFPRA (Office français de protection des réfugiés et apatrides/ Französisches Amt für den Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen) vor. Das Anerkennungsverfahren für Asylsuchende soll demnach künftig nur noch maximal einen Monat dauern. Das hatte Präsident Jacques Chirac am 14. Juli, in seiner Rede zum französischen Nationalfeiertag gefordert.

Bisher beträgt die durchschnittliche Verfahrensdauer vor dem OFPRA 217 Tage (gut sieben Monate), während derer die Asylsuchenden sich in einer prekären materiellen und psychologischen Situation befinden. Theoretisch hat ein Asylsuchender während der Dauer des Verfahrens bestimmte Rechte (auf Unterkunft und eine minimale finanzielle Unterstützung). Doch seit einigen Jahren geben die Behörden (in der Regel) nicht mehr die dafür erforderlichen, vorübergehenden Aufhaltstitel aus – sondern erteilen lediglich Anhörungstermine einige Monate später. Damit sind die Asylantragsteller in eine vollständige Prekarität entlassen. Und die sieben Monate Verfahrensdauer sind nur der Durchschnitt, der durch die kurze Dauer bei „offensichtlich unbegründeten Anträgen“ (etwa Anträgen von Personen, die aus einem als sicher geltenden Herkunftsland stammen) – in der Regel höchstens 48 Stunden – verkürzt wird. Die anderen Asylsuchenden müssen gewöhnlich zwischen 9 und 18 Monate warten.

Doch der Regierung geht es mitnichten um eine Humanisierung der Verfahren, sondern im Gegenteil darum, eine effizientere Ablehnungs- und Abschiebungsmaschinerie zu schaffen. Justizminister Dominique Perben erklärte: „Nach 6, 9 oder 12 Monaten ist es sehr schwierig, im Fall einer Ablehnung die Betreffenden konkret zurückzuschicken. Aber wenn man es schafft, die Fälle in weniger als einem Monat zu behandeln, kann man die Kontrolle über diese Personen behalten und also dafür sorgen, dass sie wirklich in ihr Herkunftsland zurückkehren.“ Die bisher getrennten Prozeduren des politischen Asyls nach der Genfer Konvention (die eine staatliche Verfolgung voraussetzt)

und des 1997 eingeführten „territorialen Asyls“ – eine humanitäre Duldung für Gewaltopfer, die nicht von staatlicher Seite verfolgt werden, sondern etwa durch Islamisten in Algerien - sollen zu einem einzigen Verfahren fusioniert werden. Zur Zeit beträgt die Ablehungsquote 88 Prozent beim „klassischen“ und 96 Prozent beim „territorialen“ Asyl. Die Zusammenlegung beider Verfahren hat im Prinzip nicht nur Nachteile, denn bisher wird über das „territoriale Asyl“ von Beamten des Innenministeriums entschieden, die meistens keinerlei spezielle Ausbildung dafür und geringe Kenntnisse über die Herkunftsländer besitzen. Hingegen entscheiden Mitarbeiter des OFPRA, die wenigstens dafür ausgebildet wurden, über die Anträge auf „klassisches“ Asyl. Nunmehr sollen beide Verfahren unter den Fittichen des OFPRA zusammengelegt werden, was im Prinzip nicht schlecht ist. Auch soll nunmehr allen Antragstellern ein Recht auf Anhörung zustehen – bisher werden nur 60 Prozent der Asyl-Antragsteller überhaupt angehört, in anderen Fällen wird nach Aktenlage entschieden.

kein mensch ist illegal

Dennoch wird die Reform kaum positive Effekte haben, wenn sie vor allem mit dem Zweck einer Beschleunigung der Verfahren durchgeführt wird. Auch ist bisher noch nicht klar, inwieweit nicht das Innenministerium künftig im Asylverfahren herangezogen wird – bisher war es für die Erteilung des „territorialen Asyls“ zuständig. Das Innenministerium aber gibt klar zu verstehen, dass es auch für eine Berücksichtigung der „Interessen der Staatsautoritäten, mit denen Frankreich Beziehungen unterhält“, eintritt. Bereits unter der alten (sozialdemokratisch geführten) Regierung waren in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt 80 zusätzliche Beschäftigte beim OFPRA eingestellt worden, um die Verfahren kürzer und effizienter zu gestalten – was durchaus nicht im Sinne einer vermehrten Anerkennung von Asylsuchenden geschah. Nunmehr sollen bis zum Jahresende 2002 weitere 120 Personen beim OFPRA per befristetem Vertrag eingestellt werden, um die „Altfälle“ bisher eingegangener Asylanträge zügig abzuarbeiten. Zuletzt hatte die damalige sozialdemokratische Regierung unter Michel Rocard eine solche Anstrengung im Sommer 1990 unternommen. Damals war die Zahl der Asylsuchenden in Frankreich, infolge der Grenzöffnung im östlichen und südöstlichen Europa, auf gut 61.000 in einem Jahr (1990) gestiegen – das waren zwar noch bescheidene Dimensionen im Vergleich zur BRD (aufgrund ihrer Nähe zu Osteuropa und dem Balkan), aber dennoch eine spürbare Steigerung gegenüber den Vorjahren. Ferner ging es der damaligen sozialdemokratischen Regierung 1990/91 um die Suche eines Konsens in der Einwanderungspolitik mit den Konservativen, weil dem ansteigenden Neofaschismus damals die „republikanische Front“ entgegengesetzt werden sollte – also ein innenpolitischer Burgfrieden zwischen Sozialdemokraten und Konservativen. Das wollten jedenfalls die Sozialisten, die deswegen in Fragen der Ausländer- und Asylpolitik nach rechts rückten; die Konservativen hingegen kündigten den Pakt alsbald auf. Auf jeden Fall aber erwies sich die Politik der beschleunigten Bearbeitung (und Ablehnung) von Asylanträgen damals als effektiv: 1992 waren nur noch knapp 29.000 Asylanträge in Frankreich zu verzeichnen. Doch mittlerweile ist ihre Zahl wieder gestiegen, auf knapp 39.000 im Jahr 2000 und gut 47.000 im Jahr 2001.

Gewisse Elemente der Kontinuität zwischen sozialdemokratischer und (neo) konservativer Politik existieren auch im Kontext der jetzigen Reform. Denn im Dezember 2001 hatte im – damals sozialdemokratisch geführten – Außenministerium die „Direktion für die Franzosen im Ausland und Ausländer in Frankreich“ vor den „Missständen in der französischen Asylpolitik“ gewarnt. Damals hatte sie mehrere Aufträge zur Erarbeitung einer „Reform“ erteilt. Diese Vorschläge aber dienen jetzt der Rechtsregierung zur Erarbeitung ihrer Asylrechts-Novelle. Näheres wird man im Herbst sehen können.

Nach Plänen der Regierung sollen auch die Kollektivabschiebungen mit eigens gecharterten Sonderflügen wieder eingeführt werden, durch die der Rechtsaußen-Innenminister Charles Pasqua in den Jahren 1986 - 88 von sich reden gemacht hatte. Ferner soll auch die Abschiebehaft verlängert werden, um eine effektive „Rückführung“ der von französischem Boden zu entfernenden Personen zu gewährleisten. Anders als in der BRD, ist in Frankreich die Dauer der Abschiebehaft gesetzlich streng limitiert. Sie darf derzeit maximal 12 Tage betragen; zuletzt hatte der linksnationalistische Innenminister Jean-Pierre Chevènement sie im Mai 1998 verlängern lassen (nachdem der Rechtsaußen-Konservative Pasqua 1993, mit seinem Projekt der Verlängerung der Abschiebehaft, am Verfassungsgericht gescheitert war). Nach Ablauf der 12 Tage muss der Betreffende freigelassen werden, wenn es etwa Komplikationen mit der Rückübernahme durch sein Herkunftsland gegeben hat. Die konservative Regierung hat jetzt angekündigt, die Abschiebehaft auch über diese 12 Tage hinaus verlängern zu wollen. Näheres dazu ist noch nicht bekannt.

Bernhard Schmid, Paris ■

2036 Abschiebungen, keine Schritte im Fall Cevat Soysal: Die deutsche Türkeipolitik bleibt inhuman

BERLIN. 2.036 Menschen wurden von Anfang Januar bis Ende Mai 2002 aus der Bundesrepublik gegen ihren Willen in die Türkei abgeschoben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Jelpke hervor. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 3.930 Menschen in die Türkei abgeschoben.

„Diese Antworten der Bundesregierung dokumentieren erneut die Inhumanität der deutschen Abschiebepolitik,“ so Ulla Jelpke. „Kurdische und andere Flüchtlinge, die vor der anhaltenden politischen Repression in der Türkei in die Bundesrepublik fliehen, bekommen hier immer noch in vielen Fällen keinen Schutz, sondern werden wieder abgeschoben.

Noch krasser liegt der Fall bei Cevat Soysal. Obwohl dieser kurdische Politiker in Deutschland als anerkannter Flüchtling lebte, ist die Bundesregierung bis heute weder gegen seine Entführung im Sommer 1999 durch den türkischen Geheimdienst noch gegen seine anschließende Folterung noch gegen die seitdem anhaltende widerrechtliche Inhaftierung aktiv geworden. Auch auf meine Frage, ob die Bundesregierung nach der kürzlichen Verurteilung Soysals zu mehr als 18 Jahren Haft nun endlich gegen die Türkei ernsthaft tätig werde, antwortet die Regierung weiter hinhaltend. Man verfolge den Fall weiter „sorgfältig“, heißt es zynisch.“

PM Ulla Jelpke ■

ver.di protestiert gegen Übergriffe auf Journalisten

Gegen die „brutalen Übergriffe“ der französischen Polizei auf ein deutsches Dreh-Team am Rande desantirassistischen „Noborder-Camps“ in Straßburg hat Inez Kühn, Bereichsleiterin für Medien und Publizistik bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), protestiert. Die beiden Journalisten seien nach eigenen Angaben mit Tränengas besprüht und zusammengeschlagen worden, obwohl sie sich mit ihren Presseausweisen zu erkennen gegeben hätten. Darüber hinaus entwendete die Polizei das Filmmaterial. „Dieses Vorgehen entbehrt jeder demokratischen Grundlage“, so Kühn. „Dies ist ein offener Schlag gegen die europäische Pressefreiheit.“ ver.di forderte die französische Regierung auf, diesen Fall zu überprüfen und für die Herausgabe des Filmmaterials an die Betroffenen zu sorgen. ver.di werde den Journalisten persönlichen Rechtschutz zur Durchsetzung ihres Menschenrechtes auf freie Berichterstattung einräumen. *PM ver.di* ■

„Sexualität unter dem Hakenkreuz“: Die Nazi-Herrschaft über das Liebesleben

Von Thomas Klaus

Man kann es drehen und wenden wie man will – und es stimmt immer: Wo Faschisten das Sagen oder die Macht haben, wird die freie, selbstbestimmte Sexualität ins Visier genommen. Wer die Triebe des Menschen beherrscht, dominiert nämlich auch den Menschen selbst. Sexualität ist von der fasschistischen Perspektive aus nur dann gewollt, wenn sie den Interessen und Zielen der braunen Horden dient.

Mit der Unterdrückung und Instrumentalisierung der Sexualität während der Nazi-Zeit befassen sich auch Stefan Maiwald und Gerd Mischler in ihrem Buch „Sexualität unter dem Hakenkreuz – Manipulation und Vernichtung der Intimsphäre im NS-Staat –“, nun im Ullstein-Verlag in zweiter Auflage erschienen.

In fünf Hauptkapiteln gehen der Freie Journalist Maiwald (Jahrgang 1971) und sein ein Jahr älterer Kollege Mischler der heiklen Thematik auf den Grund. Für die Autoren des 285-seitigen Taschenbuches steht nach den Recherchen fest, dass das Nazi-Regime „die Herrschaft über das Liebesleben der Deutschen erringen“ wollte. Der Nationalsozialismus sei in die intimsten Lebensbereiche eingedrungen und habe sich der Sexualität der Deutschen bemächtigt.

Im ersten Kapitel „Die Führer“ beschäftigen sich Maiwald und Mischler mit dem „abnormen Sexualleben“ der Nazi-Größen Adolf Hitler, Joseph Goebbels und Hermann Göring. Und sie legen dar, wie die Nazi-Führung in der Folge des „Röhm-Putsches“ im Juni 1934 auf den Geschmack kam, die Schwulenfeindlichkeit zu verstärken und als Hammer gegen politische Widersacher oder Gegner einzusetzen. Ab 1941 sah die „Verordnung zur Reinhaltung von SS und Polizei“ sogar die Todesstrafe für ihre homosexuellen Angehörigen vor – ohne dass ordentliche Gerichte ein Mitspracherecht gehabt hätten. Bereits ab 1936 wurde jedes Mitglied der Hitler-Jugend (HJ) dazu verpflichtet, homosexuell veranlagte Kameraden anzuzeigen. Wenn sich dieser Verdacht erhärtete, wurde die Staatsanwaltschalt alarmiert.

Im zweiten Kapitel „Die Forscher“ setzen sich Maiwald und Mischler mit der Rolle der Wissenschaft auseinander. Die Körper der Untertanen des NS-Staates seien „ebenso gleichgeschaltet (worden) wie politische und gesellschaftliche Institutionen, Behörden und Betriebe“ – und daran hatte die Wissenschaft einen gehörigen Anteil, etwa durch ihre ideologische Mitarbeit an Gesetzen wie dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, dem Sterilisierungsgesetz sowie dem Ehegesundheits- und Blutschutzgesetz. Durch derartige Rechtsgrundlagen konnte das Nazi-Regime mit juristischem Segen zwischen erwünschtem und unerwünschtem Liebesleben unterscheiden. So viel „Mühe“ machten sich die Verantwortlichen für die zahlreichen Menschenversuche in den Konzentrations- und Vernichtungslagern nicht. Viele dieser barbarischen „Experimente“ befassten sich mit der Frage, wie unerwünschte Geburten verhindert werden könnten, zum Beispiel durch radioaktive Bestrahlungen der schwangeren Frauen. Gewollt waren dagegen die Geburten von Kindern, die in das Nazi-Schema vom „arischen Herrenmenschen“ passten. Deshalb wurden die Leitungen von Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel (BdM) im Oktober 1935 zum Fördern der freien Liebe in ihren Jugendgruppen aufgefordert. Vor allem den BdMlern wurde der einmalige und unverbindliche Geschlechtsverkehr mit HJ-lern und SS-Männern schmackhaft gemacht. Der 1936 gegründete Verein „Lebensborn“ sollte eine besondere Funktion bei der „Fabrikation“ des so genannten Herrenmenschen einnehmen. So wird Heinrich Himmler in dem Buch „Sexualität unter dem Hakenkreuz“ mit seinen Visionen zitiert, wonach jede Frau, die mit 30 Jahren noch kein Kind geboren hätte, im „Lebensborn“ eines bekommen könnte. Dabei sollte sie sich unter drei SS-Leuten den Vater ihres Kindes aussuchen. Zwar erfüllten die „Produktionsquoten“ des „Lebensborn“-Vereins nicht die Erwartungen von Heinrich Himmler, aber der Grundgedanke der Frau als „Gebärmaschine“ zog sich durch die gesamte nationalsozialistische Politik. Ein Ausfluss dessen war beispielsweise die Tatsache, dass die Trägerinnen des „Mutterkreuzes“ die selben Vorrechte wie die Träger militärischer Orden genossen: Mitglieder der HJ und des BdM mussten sie auf der Straße grüßen; sie hatten Vortrittsrecht an Behördenschaltern und saßen in Straßenbahnen und Zügen auf bevorzugten Plätzen.

Das dritte Kapitel widmen Stefan Maiwald und Gerd

Mutterkreuz der Nazis

Mischler dem Thema der Familie, in der „Kanonenfutter“ gezeugt und der Nachwuchs auf das nationalsozialistische Gedankengut eingeschworen wurde. Dabei sollte ein asketischer und anpassungsfähiger Mensch geformt werden, der Hunger ertragen und Gefühle niederringen konnte.

„Wer sich weigert, seine Sexualität in den Dienst des Staates zu stellen, wird bestraft“, so das Urteil der Autoren zur Familienpolitik im Hitler-Staat. Deshalb mussten kinderlose oder unverheiratete Beamte darüber Rechenschaft ablegen, weshalb sie noch keinen Nachwuchs oder Partner hätten. Taten sie dies nicht, wurden sie strafversetzt, nicht auf Lebenszeit ernannt oder von der Beförderung ausgenommen. Eine recht unbekannte Facette der Steuerpolitik der Nazis: Unverheiratete Männer und ab 1938 auch kinderlose Ehepaare mussten ihre „Fortpflanzungsverweigerung“ mit Strafsteuern in Höhe von zehn Prozent ihres Einkommens büßen.

Das vierte Kapitel von „Sexualität unter dem Hakenkreuz“ trägt die Überschrift „Die Front“. In ihm wird das Verhalten der Soldaten im Westen und im Osten untersucht. Breiten Raum nehmen die Sexualverbrechen ein, die eindeutig auf das Konto der Soldaten der voranrückenden Roten Armee gingen. Doch Maiwald und Mischler sind der Auffassung, dass auch die zahlreichen Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten endlich aufgearbeitet werden müssten. Sie glauben aber selber nicht recht daran: „Vermutlich wäre (..) der Aufschrei noch größer als anlässlich der Wehrmachts-Ausstellung.“

Das fünfte Kapitel „Im Fadenkreuz“ macht deutlich, wie energisch die Nazis mit sexuellen Randgruppen umgingen. Männliche Homosexuelle wurden in Konzentrationslager gesteckt und zu Zehntausenden ermordet. Aber auch Lesben wurden verfolgt. Zum Beispiel wurden viele gleichgeschlechtlich veranlagte Frauen zur Arbeit im Bordell gezwungen – als einer Art Zwangstherapie. Viel Leid wurde außerdem über Paare gebracht, die unter die „Rassegesetze“ fielen: Intime Beziehungen wurden strafbar, wenn es sich bei dem Paar nicht um Angehörige der gleichen Rasse handelte.

Das Buch „Sexualität unter dem Hakenkreuz“ ist eine beeindruckende Untersuchung eines mit Tabus behafteten Themas, das auch in die Gegenwart weist. Denn der verklemmte Umgang mit Sexualität, in Verbindung mit einer gehörigen Portion Doppelmoral, ist ein Markenzeichen der Nazis damals und der Na-

zis heute. Die populär und allgemein verständlich formulierte Studie von Stefan Maiwald und Gerd Mischler belegt, mit welcher wütenden Konsequenz die Nazis der sexuellen Liberalisierung in der Weimarer Republik ein Ende setzten und stattdessen alle Formen der Sexualität bekämpften, die aus ihrer Sicht nicht der Ausbreitung der so genannten arischen Rasse dienlich waren.

ISBN 3-548-36326-1, 8,95 Euro

Gestapo in Baden

Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich

Die badische Geheime Staatspolizei hat „demokratische" Vorläuferbehörden in der Weimarer Republik, sie hat Täter und Opfer. Durch die Grenznähe in Südbaden kommt ihr in dieser Region eine besondere Bedeutung zu. All dies untersucht der Karlsruher Historiker Michael Stolle in seiner Dissertation, die im Universitätsverlag Konstanz erschienen ist.

Insgesamt gliedert sich das Buch in fünf Kapitel. Sie widmen sich der Vorgeschichte, der Organisation, dem Personal, der Verfolgungspraxis und der Zeit nach 1945. In ausführlichen Anhängen werden stichwortartig die wichtigsten Täter.

Die Kontinuität zwischen den „demokratischen" Vorläuferorganisationen in der Weimarer Republik und der faschistischen Gestapo war groß, waren doch die meisten der Angestellten der „Politischen Polizei" unkritisch oder selbst rechtskonservativer bis faschistischer Einstellung: „Im Laufe des Jahres 1933 zeigte sich, dass die Mehrheit der politischen Polizeibeamten die nationalsozialistische ‚Machtergreifung' in dienstlicher Hinsicht nahezu unbeschadet überstehen konnten", so Stolle (S. 75). Lediglich ein kleiner Teil der Beamten sei entlassen und mitunter hart bestraft worden; es handelte sich dabei zumeist um Sozialdemokraten.

Als besonders aufschlussreich erweist sich Stolles ausführliche Analyse der Zusammensetzung des Gestapo-Personals. Nachdem anfangs das Personal der Weimarer Politischen Polizei weitgehend übernommen worden war, ergaben sich durch die Aufnahme faschistischer, aber oftmals unfähiger „Quereinsteiger" sowie Versetzungen „verdienter" Nazi-Polizisten ab 1933 dauerhaft Veränderungen in der Personalstruktur. Ab 1937 wurde die Gestapo mehr und mehr ausgebaut, was nochmals verstärkt zur Veränderung des Personalbestandes führte. Die Stärke der Untersuchung liegt darin, dass sie diese strukturellen Veränderungen in Beziehung setzt zum Verfolgungshandeln, zur Brutalität der „Ermittlungen" (bis hin zu Folter und Mord) und – etwas nachgeordnet – zur Beziehung der Gestapo zu anderen staatlichen Behörden und NS-Organisationen. Bestimmte, aus der Situation der verschiedenen Gruppen resultierende Verhaltensweisen stellten sich ein: überzogene Brutalität der unqualifizierten Parteibuch-Beamten, Konkurrenzverhalten der alteingesessenen Beamten und Karrieredruck der Nachwuchspolizisten.

Die „Ermittlungs"-„Methoden" waren brutal; Folter und Festnahmen ohne richterliche Genehmigung an der Tagesordnung. Zu leiden hatten dabei insbesondere Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Zeugen Jehovas, Kirchen, Jüdinnen und Juden. Während des Krieges kam die Überwachung und Schikane der ausländischen Zwangsarbeiter hinzu, was vor allem Unterdrückung von politischer Agitation und von Beziehungen zu deutschen Männern und Frauen bedeutete. Zwei wesentliche „Methoden" wurden dabei angewandt: Denunziationen aus der Bevölkerung, oftmals auch aus dem engsten Umfeld der Denunzierten und teilweise durch Folter oder drohende Folter erpresst einerseits und „Amtshilfe" von anderen staatlichen Behörden und NS-Organisationen andererseits. Hintergrund war die massive Ausweitung der Befugnisse der Gestapo: „Gerade weil die Aufgaben der Gestapo durch präventiv-polizeiliche Konzepte erweitert und in einen umfassenden politischen Auftrag zur ‚Reinhaltung' des Volkes gestellt wurden, wurde es notwendig, eine größere Anzahl von Helfern für die Gestapoarbeit zu verpflichten" (S. 273). In massiver Weise wurden Gendarmerie, Kriminalpolizei und Schutzpolizei zur Informationsbeschaffung für die Gestapo herangezogen – was ein Grund dafür war, in der späteren Bundesrepublik eine mittlerweile mehr und mehr verwässerte Trennung von Polizei und Geheimdiensten vorzunehmen. Das brutale Handeln der Gestapo radikalisierte sich im Laufe der Zeit, durch verschiedene Faktoren wie Konkurrenz innerhalb und nach außen zu anderen Ermittlungsbehörden begünstigt. Seinen Höhepunkt erreichte es kurz vor Kriegs-ende.

Die „Entnazifizierung" nach der Niederlage des faschistischen Deutschen Reiches war, was die Beamten der badischen Gestapo betrifft, ähnlich wenig konsequent wie bei anderen Organisationen auch. Im Ansatz schon oft milde Schuld-Beurteilungen und Urteile durch die eigens dafür eingerichteten „Spruchkammern" wurden später in Berufungsverfahren meist nochmals gemildert. Der Teil derer, die eine angemessen harte Strafe zu tragen hatten (wozu meist die französischen Besatzungsbehörden Druck ausüben mussten), war recht gering. Viele kehrten nach wenigen Jahren wieder in ein bürgerliches Leben zurück.

Das von der Forschungsstelle "Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten" der Universität Karlsruhe herausgegebene Buch stellt einen detaillierten Überblick über die badische Gestapo dar. Seine Stärken liegen insbesondere in der detailgenauen Untersuchung des Gestapo-Personals. Allerdings fehlt diese Genauigkeit an anderer Stelle. Insbesondere der Teil, der sich den Umständen der Verfolgung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen widmet, aber auch die Darstellung der "Entnazifizierung" und Auflösung der Gestapo ist ab und an leider etwas oberflächlich. Nichtsdestotrotz ist das Buch das erste, das sich der Gestapo in Baden umfassend nähert und deshalb vieles zur Aufklärung der dunklen regionalen Vergangenheit beiträgt.

Antifaschistische Zeitung für Emmendigen, Freiburg, Waldkirch 16/2002 ■

Bibliographisches: Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Baden. Universitätsverlag Konstanz 2001. ISBN 3-89669-820-6. 411 Seiten.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

„Sohn einer russischen Jüdin“

Nation & Europa Juli-August/2002

„Deutsche und Juden – Wer hat das Sagen?“ fragt die Redaktion von „Nation & Europa“ suggestiv auf der Titelseite ihrer sommerlichen Doppelausgabe. Und liefert die Antwort durch die grafische Gestaltung gleich mit: Da gestikuliert Marcel Reich-Ranicki auf Martin Walser ein und Michel Friedman droht Jürgen Möllemann, der ganz betroffen aussieht, mit dem Zeigefinger. Die Botschaft ist klar, Artikel sind da eigentlich kaum noch nötig.

Dennoch legen die Autoren nach, um die antisemitischen Ressentiments ihrer Leser(innen) zu bedienen: *RÜDIGER BLANK* hetzt unter dem Titel „Das personifizierte Tabu: Woher stammt Marcel Reich-Ranicki?“ gegen den Literaturpapst wegen dessen KP-Mitgliedschaft und seiner Tätigkeit für den polnischen Geheimdienst in den frühen fünfziger Jahren. *WERNER BAUMANN* beschäftigt „Die tabuisierte Frage: Wie entsteht Antisemitismus“: Doch fast immer, wenn Spiegel und Friedman den Mund aufmachen, ist von Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus die Rede. Es wird geklagt, gemahnt, gewarnt. Die Vorwürfe und Forderungen rattern seit Jahren wie eine tibetanische Gebetsmühle. Bubis redete wie Galinski, Spiegel redet wie einst Bubis und Friedman wie sie alle zusammen, nur lauter und anmaßender. Niemand würde merken, wenn in den Nachrichten eine 30 Jahre alte Verlautbarung des Zentralrats zur Verlesung käme. Es ist seither nichts Neues hinzugekommen“.

Antifaschisten können nicht umhin, Baumann in diesem Punkt recht zu geben. Es ist wirklich nichts Neues hinzugekommen: Das Problem des Antisemitismus, zu dem nicht zuletzt N&E fleißig beiträgt, ist heute fast noch drängender als vor 30 Jahren.

Der gleiche Autor im gleichen Artikel: „Mittlerweile weiß jeder erwachsene Mensch, wie die Gewichte im deutsch-jüdischen Verhältnis verteilt sind“. In der Tat: Da liegen in der Waagschale sechs Millionen von deutschen Faschisten ermordete jüdische Menschen und eine nicht enden wollende Kette antisemitischer Übergriffe seit den fünfziger Jahren.

ROLF WEDEL wundert sich: „Kaum erklärte sich der gegenwärtige Bundeskanzler bereit, mit dem Schriftsteller Martin Walser, immerhin Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, über die Geschicke der Nation zu reden, als auch schon der Automatismus der Protestler einsetzte: Routiniers der ‚Aktion Sühnezeichen‘, des Schlachtschiffes der Evangelischen Kirche in Sachen Vergangenheitsbewältigung, brachten sofort einen Brief an Kanzler Schröder in Umlauf, in dem sie ihre ‚extreme Befremdung‘ ... ausdrückten und meinten, der 8. Mai, der Tag der Diskussionsveranstaltung, sei ein ‚ausgesprochen untaugliches Datum‘, um eine ‚Fiktion der Normalität ungebrochen zu propagieren‘. Ähnlich äußerte sich der Zentralrat der Juden in Deutschland, er sei ‚irritiert und verwirrt‘, daß die SPD gerade an diesem Tag eine solche Veranstaltung plane. Und Vizepräsident Michel Friedman gab noch eins drauf, er stellte gleich die gesamte Glaubwürdigkeit des Kanzlers in Frage“.

Wie kommen die evangelischen Vergangenheitsbewältiger und die Vertreter der Interessen der jüdischen Deutschen nur auf die Idee, der Termin des Kanzlerplauschs mit dem nationalistischen Großschriftsteller hätte irgendwas zu bedeuten, sei mehr als Zufall? *MANFRED MÜLLER* klärt uns auf: „Zu Wahlkampfzeiten erweisen manchmal auch die etablierten Parteien den national orientierten Deutschen ein wenig Reverenz – vor allem dann, wenn der Wahlausgang knapp werden könnte und es auf jede Stimme ankommt. Besonders gut weiß das Gerhard Schröder.... In diesem Jahr begann Bundeskanzler Schröder das Werben um nationale Wähler am 8. Mai, indem er – trotz jüdischer Proteste – ein Podiumsgespräch mit Martin Walser zum Thema Nation ansetzte.Bei dem Gespräch mußte er sich aus dem Munde Walsers einiges anhören, was Umerziehungsmaximen widerspricht, aber bei der angepeilten Zielgruppe die Akzeptanz dieser SPD-Veranstaltung steigern konnte.... Schröders Formel ‚Mit Stolz ja sagen zu Deutschland‘ könnte Labsal für die Seelen national denkender Deutscher sein...“.

Wir haben verstanden.

Ein letztes Beispiel zum Thema des Heftes: *KLAUS HANSEN*, der sich offenbar als nationaler Sozialist einen Namen machen will, zu einem aktuellen Thema:

„Raffgierige Manager schaden der Wirtschaft: Absahnen und abhauen“: „Das gilt auch für die Mißachtung nationaler Wirtschaftsinteressen. Viele Spitzenmanager haben keine Bodenhaftung mehr, sehen sich als bindungslose Kosmopoliten. Der schon erwähnte Ron Sommer wurde als Sohn einer russischen Jüdin im israelischen Haifa geboren, studierte in Österreich, startete seine Karriere in Paris, wechselte dann für ein japanisches Unternehmen nach Amerika, um schließlich von der deutschen Bundesregierung an die Spitze der Telekom gestellt zu werden...“. Auch wenn sie es so nie formulieren würden, ist für alle zitierten N&E-Schreiber „der Jude“ immer noch „unser Unglück“, handelt es sich um das alte antisemitische Geschmier. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!
Unser Ziel 3000 Euro!

Insgesamt sind bisher

***983,–* Euro eingetroffen**

(Stand 9. August§i 2002)

Vielen Dank!

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507